

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeile 60 Pf., Seilengewebe 40 Pf., für Verhandlungsmitglieder 40 Pf., Versammlungsanzeigen zu 20 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 15.

Berlin, den 8. April 1911.

27. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. In Frankfurt a. O. ist am 1. April eine neue Zahlstelle des Verbandes begründet. Reiseunterstützung wird dort vorläufig nicht ausbezahlt.

2. Die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt ersuchen wir, sofern das noch nicht geschehen ist, bestimmt am Sonntag, den 9. April, an uns abzusenden. Des Osterfestes wegen muß der Abschluß einige Tage früher wie sonst erfolgen; es können deshalb Karten, die nicht spätestens am Montag, den 10. April, bei uns eintreffen, für die diesmalige Zusammenstellung nicht mehr verwandt werden.

3. Ausgeschlossen auf Grund des § 16b des Statuts wurde in Köln der C t u i s a r b e i t e r Hermann Franke aus Eisenberg (B.-Nr. 2004).

4. Die mit den Kassengeschäften betrauten Funktionäre der Zahlstellen und Gaue ersuchen wir, die Abrechnung für das 1. Quartal umgehend fertigzustellen und uns innerhalb der statutarisch vorgegebenen Frist einzuliefern. Mitglieder mit Beitragsresten dürfen ein Hindernis für die Fertigstellung der Abrechnung nicht bilden.

5. Wie schon der Ausdruck auf den Mitgliedskarten besagt, sind dieselben, sofern mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet und entsprechend Marken geklebt sind, gegen ein Mitgliedsbuch umzutauschen. Bei solchen Mitgliedskarten jedoch, deren Inhaber von einer niederen in eine höhere Beitragsklasse übergetreten sind, soll der Umtausch gegen ein Mitgliedsbuch in der Regel erst dann erfolgen, wenn nach erfolgter Umrechnung der in niederer Beitragsklasse geleisteten Beiträge in solche der höheren Beitragsklasse sich als Gesamtzahl mindestens noch 52 Beiträge ergeben.

Eine Ausnahme von dieser Regel tritt nur dann ein, wenn bei Einsendung der Mitgliedskarte zugleich die Meldung erfolgt, daß deren Inhaber benötigt ist, auf Grund der in der niederen Beitragsklasse geklebten 52 Beitragsmarken Unterstützung zu beziehen.

Die Ausstellung dieser Mitgliedsbücher geschieht durch den Verbandsvorstand. Bei der Einsendung der Karten ist darauf zu achten, daß die Beitragsmarken bis zur laufenden Woche geklebt sind. Auch muß jede Karte vom Inhaber unterschrieben sein. Die Karten werden nicht mehr zurückgeschickt, sie bleiben in Verwahrung auf dem Verbandsbureau.

6. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bzw. Bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzusenden:

Nr.	ausgestellt für
11 542	Karl Körfeld,
12 885	Paul Walter,
21 680	Gustav Neure,
34 266	Joh. Karl Wilke,
67 599	Gottlieb Balcaraf,
70 996	Emil Grahl,
83 957	Erna Haaf,
89 232	Martha Klose,
89 656	Amanda Neumann,
89 895	Margarete Vogel,
91 414	Edwin Reichl,
91 672	Pauline Saake,
91 735	Samuel Kwasmitz,
92 502	Emma Gorges,
94 317	Martha Reinhold,
94 444	Lina Kollrich,
96 545	Franz Göbe,
99 990	Karl Pentin,
100 022	Sedwig Thiel,
102 371	Elisabeth Günther,
102 699	Sedwig Müller.

Der Verbandsvorstand.

Die Verkürzung der Arbeitszeit — eine gesundheitliche Forderung.

I.

Hat die Verkürzung der Arbeitszeit bisher immer noch eine Steigerung der Arbeitsintensität nach sich gezogen und daher recht eigentlich produktions- und kulturfördernd gewirkt, so fordert umgekehrt die gesteigerte Intensität der Arbeit gebieterisch die Verkürzung der Arbeitsdauer. Der Arbeiter gibt viel mehr Kraft aus als früher in derselben Zeit und entsprechend dem gesteigerten Stoffwechsel seiner Muskeln; der gesteigerten Anspannung seiner Nerven kommt es eher zur Erschöpfung. Je intensiver die Arbeit, um so kürzer muß die Arbeitszeit sein, um so länger die Zeit der Erholung. Die bei der Arbeit verbrauchten Kräfte müssen durch geeignete Mittel wieder ersetzt werden. Geschieht dies nicht in ausreichendem Maße, dann wird der Arbeiter infolge Unterernährung krank und zur Arbeitsleistung untauglich. Vollzieht sich seine Arbeit obendrein noch in engen, dunklen oder in schlecht gelüfteten, staubgeschwängerten Räumen, dann ist in der Regel der Untergang des Arbeiters an der Schwindsucht das Ende vom Lied. Unter den die Existenz des Arbeiters bedrohenden Widerwärtigkeiten nimmt denn auch die Krankheit die erste Stelle ein, und hier ist es wieder die Schwindsucht, die die meisten Opfer fordert. Keine elementare Gewalt hat auch nur annähernd so viel Elend in die Arbeiterkreise gebracht als wie sie.

Früher, als die ärztliche Wissenschaft ihre Ursachen noch nicht erkannt hatte, hielt man sie für unheilbar. Erst in den letzten fünf Jahrzehnten ist es gelungen, den Schleier über deren Entstehungs- und Verbreitungsgeschichte etwas zu lüften. Heute wissen wir, daß die Tuberkulose eine Infektionskrankheit ist, und daß sie die Bedingungen ihrer Verbreitung vornehmlich mit in sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen und Einrichtungen, in der Armut und Not, in schlechter Lebenshaltung und Unwissenheit der arbeitenden Massen hat. Deshalb hat man sie zutreffend Elends- oder Proletarierkrankheit genannt. Die

Krankheits- und Sterblichkeitsstatistiken aller Kulturstaaten beweisen, daß an den Opfern der Tuberkulose, insbesondere der Lungentuberkulose, gerade die arbeitenden Klassen, unter ihnen in erster Linie wieder das rein proletarische Element, mit mindestens neun Zehnteln beteiligt sind. Nach zuverlässigen wissenschaftlichen Feststellungen stirbt im allgemeinen jeder siebente Mensch an der Tuberkulose. Im Jahre 1902 schrieb der Tuberkuloseforscher Dr. K. Langmann: „Von der erwerbsfähigsten Altersklasse unseres Volkes (des deutschen), das sind die von 15—60 Jahren, stirbt der dritte, der in diesem Alter überhaupt sein Leben beendet, an der Tuberkulose.“ Im Jahre 1908 erlagen ihr in deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern 43 049 Menschen, etwa der achte Teil aller Gestorbenen. Die absolut und relativ größte Zahl der Opfer stellen die Großstädte und die Industriezentren. Uebrigens ist auch auf dem Lande dort, wo Menschen in kleinen, ungenügenden und ungesunden Wohnungen dicht zusammengepfercht und überhaupt zu einer schlechten Lebenshaltung verurteilt sind, die Tuberkulose nicht wesentlich geringer als in der Stadt. Wo Armut und Elend ist, da ist auch sie! In zahlreichen Gewerben und Industrien ist sie geradezu Berufskrankheit, wie die Krankenkassenstatistiken mit erschreckender Deutlichkeit lehren.

In welchem Umfange ist diese Seuche nun in unserem Berufe vertreten? Das ist eine Frage, die sich nach dem Gesagten ganz von selbst ergibt. Denn gerade unsere Kollegenschaft lebt unter Bedingungen, die einer Ausbreitung der Tuberkulose im weitesten Maße Vorschub leisten. Die Statistik der Krankenkassen bestätigt diese Auffassung in ganz entscheidender Weise. Nach den Jahresberichten der Zentralkrankenkasse in Leipzig erlagen seit dem Jahre 1881 bis Ende 1909 47,14 Prozent aller Gestorbenen den Lungentuberkulose. Und dabei sind die Ergebnisse der Zentralkrankenkasse dadurch günstiger als andere Klassen unseres Berufes, weil die Zentralkrankenkasse nur gesunde, ärztlich untersuchte männliche Berufsgenossen aufnimmt. Nach den Jahresberichten der Berliner Ortskrankenkasse für Buchbinder vom Jahre 1885 an bis Ende 1909 waren den Lungentuberkulose 51,14 Proz. der Verstorbenen erlegen. Bei diesen Zahlen ist zu beachten, daß sie insofern nicht genau sein können, weil in vielen Fällen die Diagnose vom Arzt, sei es im Interesse der Kranken, sei es infolge nicht möglicher Feststellung, nicht immer genau angegeben ist.

Zu den gleichen ungünstigen Ergebnissen kommt Prof. Th. Sommerfeld-Berlin in seiner jüngst erschienenen Broschüre: „Die Schwindsucht der Arbeiter, ihre Ursache, Häufigkeit und Verhütung.“ Für die vier Jahre von 1896 bis 1899 ergaben seine Untersuchungen auf Grund der Veröffentlichungen der Berliner Ortskrankenkasse der Buchbinder im ganzen 334 Todesfälle. Die Zahl der durch Krankheiten der Atmungsorgane hervorgerufenen belief sich auf 206. Auf die Lungenschwindsucht entfielen davon 192. Auf 100 Todesfälle kommen sonach 57,5 infolge Lungenschwindsucht hervorgerufene. Die außerordentlich hohe Anteilnahme unseres Berufes wird übersichtlich angezeigt durch die folgende, von Prof. Sommerfeld auf Grund seiner Untersuchungen aufgestellte Tabelle über 49 Berufe, geordnet nach dem Anteil der Lungentuberkulose an der Gesamtsterblichkeit. Auf je 1000 Todesfälle kommen auf Lungentuberkulose im Berufe der

1. Steinhauer	899,3
2. Metallschleifer	739,1
3. Kürschner	678,8
4. Gutmacher	664,1
5. Strickmacher	642,3
6. Scharbeuze und Zifseure	621,0
7. Drechsler	610,8
8. Zigarrenmacher	598,4
9. Porzellanarbeiter	591,0
10. Buchbinder	574,8
11. Mechaniker	571,4
12. Klempner	568,0
13. Schneider	563,4
14. Schuhmacher	563,3
15. Tischler	557,2
16. Bäcker	555,0
17. Maler	551,5
18. Bergolber	547,8
19. Radler und Siebmacher	538,5
20. Metallbreher	521,2
21. Böttcher	510,0
22. Glasschleifer	500,0
23. Feilenhauer	481,5
24. Bierbrauer	470,2
25. Dachdecker	468,8
26. Steinbruder und Lithographen	446,2
27. Buchdrucker und Schriftsetzer	444,4
28. Tapezierer	440,4
29. Posamentierer	439,0
30. Tafelschleiferarbeiter	431,0
31. Sattler	425,0
32. Gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen	420,5
33. Schlosser	412,8
34. Bildhauer	409,0
35. Gastwirtschaftsgewerbe	405,6
36. Goldschmiede	402,9
37. Maurer	382,0
38. Schmiede	377,7
39. Glasarbeiter	375,0
40. Maschinenbauarbeiter	369,4
41. Photographen	369,4
42. Zimmerer	341,6
43. Weber und Wirker	322,0
44. Gelbgießer	300,0
45. Stellmacher	300,0
46. Schlächter	294,1
47. Brunnenbauer	285,7
48. Kupferschmiede	279,3
49. Radierer	157,9

Aus dieser Aufstellung geht zweifellos hervor, daß wir unseren Beruf mit zu den gesundheitsgefährlichsten zählen müssen, steht er doch unter 49 schon an 10. Stelle. In einer weiteren Uebersicht kommt Prof. Sommerfeld zu dem Resultat, Buchbinderei und Kartonnagenbetriebe neben Buchdruckerei und Steinmetz- und Steinhauerbetriebe zu den gefährlichsten in bezug auf die Stellung zur Tuberkulose rechnen zu müssen. Nach der Statistik der Berliner Ortskrankenkasse der Buchbinder entfielen in den Jahren 1899—1901, ohne Berücksichtigung des Alters, von 100 Todesfällen 41,9 auf Lungentuberkulose. Nur die beiden obengenannten Berufe zeigten mit je 46,2 eine höhere Ziffer auf. Die Einwirkung der Berufsarbeit tritt deutlicher hervor, wenn die Selbständigen, die im Beruf nicht mitarbeiten, ausgeschlossen werden. So berechnet entfallen von 100 Todesfällen auf Lungentuberkulose bei den

1. Bäckerinnen, Plätterinnen	7,4
2. Forstwirtschaft, Jagd	9,5
3. Landwirtschaft (w.)	12,4
4. (m.)	16,1
5. Bauunternehmung	16,9
6. Eisenbahnbetrieb	18,1
7. Postbetrieb	18,9
8. Kunstgärtner	19,6
9. Frachtfuhrwerk	21,0
10. Gewinnung von Kies usw.	21,7
11. Holzzurichtung	21,9
12. Maurer	22,2
13. Ziegelei	22,8
14. Papierfabrikation	26,8
15. Weberei	26,9
16. Zimmerei	26,9
17. Eisengießerei	28,6
18. Steinbrecher	30,7
19. Gerberei	32,0
20. Großschmiede	33,3
21. Müller	34,5
22. Spinnerei (w.)	37,1
23. Schlosserei	37,6
24. Spinnerei (m.)	39,2
25. Böttcherei	40,3
26. Fleischerei	40,7
27. Stukkateure	41,1
28. Uhrmacher	41,9
29. Klempner	43,0
30. Tischler	43,8
31. Stubenmalerei	44,1
32. Brauer	44,4

33. Sattler	45,7
34. Schuhmacher	46,4
35. Goldschmiede	47,1
36. Steinhauer	49,5
37. Bäckerei	50,0
38. Striderei (w.)	52,0
39. Buchdrucker	52,2
40. Näherinnen	52,7
41. Schneider	53,6
42. Buchbinder	54,4

Über diese Tabelle gibt noch kein einwandfreies Bild über die günstige und ungünstige Sterblichkeit eines Berufes an Tuberkulose, weil die Alterszusammensetzung in den einzelnen Berufsarten in sehr weiten Grenzen schwankt.

Man darf von vornherein annehmen, sagt Prof. Sommerfeld in seiner Broschüre, daß die Berufsarten mit einer Uebersicht von jüngeren Arbeitskräften sich zu ungünstig, die mit vorwiegend älteren Angehörigen sich zu günstig darstellen werden. Diesen Einfluß des Lebensalters suchte Dr. Eiben auszusprechen und er berechnete, wieviel Personen auf 100 mit Berücksichtigung des Lebensalters erwartete Todesfälle an Lungentuberkulose an dieser Krankheit gestorben sind. Die Ergebnisse dieser Untersuchung erläutert die folgende Uebersicht:

1. Forstwirtschaft und Jagd	57,6
2. Frachtfuhrwerk, Güterbestätter	64,8
3. Landwirtschaft	67,6
4. Kunst- und Handelsgärtner	69,0
5. Eisenbahnbetrieb	70,4
6. Wagner, Radmacher	70,6
7. Ziegelei und Tonröhrenfabriken	76,0
8. Gewinnung von Kies, Sand, Herstellung von Kalk	76,9
9. Post- und Telegraphenbetrieb (Briefträger, Postschaffner)	79,4
10. Bauunternehmung und Bauunterhaltung	84,1
11. Maurer	89,5
12. Holzzurichtung	90,5
13. Eisengießerei und Emailierung von Eisen	94,1
14. Müller	97,5
15. Weber	98,2
16. Grob- und Feinschmiede	99,4
17. Verfertigung von Papier und Pappe	100,0
18. Gerber	102,2
19. Fleischer	104,9
20. Zimmerer	106,7
21. Spinnerei, Hättelei (w.)	108,8
22. Schneider	112,4
23. Böttcher, Küfer	113,3
24. Schlosser	116,8
25. Stubenmalerei und Anstreicher	121,8
26. Klempner, Flaschner	125,0
27. Brauer	125,0
28. Uhrmacher	125,5
29. Schuster	126,8
30. Striderei und Wäberei (w.)	127,1
31. Bäcker und Konditoren	128,9
32. Stukkateure und Gipser	129,2
33. Tischlerei und Parkettfabrikation	135,6
34. Spinnerei (Wattefabrikation)	137,5
35. Steinbrecher	145,5
36. Gold- und Silberarbeiter, Juweliere	147,2
37. Näherinnen	150,6
38. Buchbinderei und Kartonnagenarbeiter	151,1
39. Buchdrucker	161,6
40. Steinmetzen	167,2
41. Wehrbergung und Erquickung (Kellner)	222,3

Diese große Anteilnahme der Buchbinder und Kartonnagenarbeiterschaft an der durch Tuberkulose hervorgerufenen Sterblichkeit läßt schon erwarten, daß das Durchschnittsalter unserer Berufsangehörigen ein recht geringes sein muß. Die von uns bearbeitete Statistik bestätigt das in einer Weise, die durchaus keine freundigen Gefühle auslöst. Die sämtlichen 1942 in der Zeit von 1885—1909 verstorbenen Mitglieder der Berliner Ortskrankenkasse für Buchbinder erreichten nur ein durchschnittliches Alter von 33 Jahren 9 Monaten. An Lungentrankeiten verstarben von den 1942 mehr denn die Hälfte, 993 oder 51,14 Proz., die ein Durchschnittsalter von nur 30 Jahr 1 Monat erreichten. Etwas günstiger stellen sich die Ziffern, die aus den Jahresberichten der Zentralkrankenkasse der Buchbinder in Leipzig gewonnen werden, und zwar, wie schon erwähnt, weil die dieser Klasse Zeitretenden sich vor der Aufnahme ärztlich untersuchen lassen müssen und alle die abgesehen werden, die als krank befunden worden sind. Immerhin ist auch das Resultat aus dieser Statistik kein erfreuliches. In den Jahren 1881—1909 verstarben 1885 Mitglieder dieser Klasse. Sie erreichten ein Durchschnittsalter von 36 Jahren 11 Monaten. An Lungentrankeiten verstarben davon 865 (47,14 Prozent), die ein Durchschnittsalter von nur 32 Jahren 11 Monaten erreichten.

Theorie und Praxis.

Lr. Es ist ein alter Grundsatz, daß Theorie und Praxis Hand in Hand gehen müssen, es ist aber auch eine alte Erfahrungstatsache, daß Theorie und Praxis miteinander einen ewigen Kampf führen. Was der Theoretiker erdacht und in seinen kühnsten Träumen erjornt hat, das soll der Praktiker in die Wirklichkeit umsetzen; der erstere entwirft den Plan, gibt die nötigen Einzelheiten an und zeichnet die Umrisse, der letztere hat die Aufgabe, dies Gerippe mit Fleisch und Blut zu erfüllen. Da ist es denn kein Wunder, daß es häufig zu Konflikten kommt zwischen dem, der den Plan entworfen hat und dem, der ihn ausführen soll. Das weiß jeder, der im praktischen Leben steht und Entwürfe zu machen oder auszuführen hat. Wohl in jeder Branche besteht eine offene oder geheime Rivalität zwischen den Männern der Theorie oder der Praxis und es läßt sich kaum entscheiden, wem von ihnen der größte Einfluß gebührt.

Wie im Betriebe des wirtschaftlichen Lebens, so spielt sich auch auf sozialem Gebiete ein ununterbrochener Kampf ab zwischen Theorie und Praxis. In diesem Kampfe siegt immer und überall die Praxis. Das Leben modelt die sozialen Theorien um und paßt sie den wirklichen Verhältnissen an. Es wäre eine interessante und lehrreiche Aufgabe, all die zahllosen Sozialsysteme daraufhin zu betrachten, wie sie sich in der Praxis verändert haben. Wir wollen zur Erläuterung unseres Themas nur ein paar Beispiele herausgreifen.

Bekanntlich dreht sich unser ganzes Streben auf sozialem Gebiete darum, das menschliche Zusammenleben und Zusammenarbeiten neu zu regeln und es so zu ordnen, daß es den Forderungen der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Moral entspricht. Dieses Streben kommt zum Ausdruck in den sozialen Utopien, die uns eine Idealwelt schildern ohne Fehler und Mängel, es kommt vor allen Dingen auch zum Ausdruck in den sozialen Theorien, die in alter und neuer Zeit aufgestellt worden sind. Der alte griechische Philosoph Aristoteles sprach von den drei Prinzipien des menschlichen Zusammenlebens: dem Prinzip der Ueberborteilung, dem Prinzip der Gerechtigkeit und dem Prinzip der Menschenliebe, und er forderte, daß das erste Prinzip, daß auf der Ausbeutung des einen Menschen durch den anderen beruht, beseitigt und durch die beiden anderen Prinzipien ersetzt werden müsse. Ohne Zweifel eine wunderschöne Theorie! Jeder Mensch soll in seinem Nebenmenschen den gleichberechtigten Genossen erblicken, den er in keiner Weise verletzen darf, dem er vielmehr mit Liebe und Wohlwollen begegnen soll. "Der Mensch sei dem Menschen heilig!" Dieser Satz des deutschen Philosophen Fichte lag der Theorie des Aristoteles zugrunde. Im Christentum haben wir den Versuch, diese Theorie in die Praxis umzusetzen und das Reich der Gerechtigkeit und der Liebe hier auf der Welt zu verwirklichen. Wie jämmerlich dieser Versuch Schiffbruch gelitten hat, ist allgemein bekannt. Die Religion der Liebe wurde zu einer Religion des Hasses, anstatt der geforderten Gerechtigkeit zeigte sich allüberall die Ungerechtigkeit in erschreckendster Form und die Gleichheit aller Menschen, die das Christentum predigte, hat es nicht verhindert, daß die Gesellschaft des christlichen Mittelalters in scharf abgegrenzte Kasten und Stände auseinanderfiel. Das Autoritätsprinzip des Mittelalters, das aufgestellt wurde, um aus dem Chaos der Völkerwanderungen eine staatliche und gesellschaftliche Ordnung zu schaffen, wurde in der Praxis zu einem Hemmschuh der Entwicklung und erzeugte Dogmatismus und Erstarrung, die dem Fortschreiten zugrunde liegende Theorie, die Angehörigen eines Standes in ihrer wirtschaftlichen Existenz zu schützen, führte zur Verkümmern und zur Erlöschung der persönlichen Strebsamkeit. Und dann erschien die herrliche Theorie der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf der Bildfläche. Der Arbeiter, so erzählten uns die Theoretiker, tritt dem Unternehmer als freier, gleichberechtigter Mensch gegenüber und schließt mit ihm einen Vertrag, den freien Arbeitsvertrag, ab, in den sich kein Dritter, weder Staat noch Organisation hineinzuwickeln hat. Da beide Parteien ihr eigenes Interesse vertreten, so entsteht notwendigerweise eine Interessensharmonie zwischen Kapitalist und Arbeiter, und außerdem erzeugt noch die freie,

schrankenlose Konkurrenz, der freie Wettbewerb der Kräfte, eine bisher ungeahnte Steigerung der Leistungsfähigkeit. In Bezug auf den letzten Punkt hat die Theorie recht behalten, in allen anderen Punkten aber ist sie an der Praxis des Wirtschaftslbens elend gescheitert, weshalb auch heutzutage die liberal-manchesterliche Theorie von allen vernünftigen Sozialpolitikern über Bord geworfen ist. Jetzt befinden wir uns in einer Zeit, in der sich eine neue Theorie, der Organisationsgedanke, in die Wirklichkeit umzusetzen strebt, und wir müssen abwarten, welche Umwandlung diese Idee in der Praxis erleiden wird.

Um auch einige Beispiele aus dem Gewerkschaftsleben anzuführen, weise ich nur hin auf die frühere Theorie, daß niedrige Beiträge das Wachstum der Organisation förderten und daß durch hohe Beiträge die Mitglieder aus der Organisation herausgetrieben würden. Diese Behauptung, die auch heute noch bei jeder Beitragsverhöhung ins Feld geführt wird, ist durch die Erfahrung widerlegt worden. Dasselbe Schicksal hat auch die Theorie erlitten, daß durch das Unterstützungswesen die Gewerkschaften ihren Kampfscharakter einbüßten und daß durch den Abschluß von Tarifen den Mitgliedern die Hände gebunden würden im Kampfe gegen das Unternehmertum. Die Praxis hat gerade das Gegenteil gelehrt. Ebenso ist die von den kapitalistischen Theoretikern aufgestellte Behauptung, daß hohe Arbeitslöhne und kurze Arbeitszeiten Industrie und Gewerbe zugrunde richteten, durch die Praxis als unwahr erwiesen worden. Neuerdings vertreten sozialistische Theoretiker den Satz, daß die Gewerkschaftsbewegung an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sei und gegenüber dem vereinigten, mächtigen Unternehmertum keine nennenswerten Erfolge mehr erringen könne; deshalb empfehlen sie die Anwendung „schärferer Mittel“ und eine neue Taktik. Aber gerade die zwei großen Bewegungen des Vorjahres, die Auspepperung im Baugewerbe und der Werftarbeiterstreik, haben den Beweis erbracht, daß das Kapitalproletariat durchaus nicht allmächtig ist und daß die Gewerkschaften auch heute noch auf dem Wege des Kampfes Vorteile herauszuholen können. Und so ließen sich viele Beispiele anführen, die das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis beleuchten. Nur eins wollen wir noch erwähnen.

Die Frage nach dem Verhältnis der Massen zu den Führern, das Problem der Demokratie, ist in allerjüngster Zeit lebhaft erörtert worden und besonders die gewerkschaftliche Demokratie steht im Mittelpunkt der Diskussion. Die theoretische Begründung der Demokratie ist ja sehr leicht und einfach und wird von den Theoretikern spielend bewältigt. Die Massen, so sagen sie, sind die Träger des Klassenkampfgedankens und müssen diesem Kampfe Ziel und Richtung weisen, die Führer sind nur die Beauftragten der Masse, deren Willen sie zu vollstrecken haben. Diese Theorie bedeutet einen gründlichen Umschwung gegenüber der früheren Auffassung, daß die Massen völlig bedeutungslos seien und von den Führern geleitet werden müßten; sie gibt der richtigen Empfindung Ausdruck, daß die Massen das Selbstbestimmungsrecht haben müssen in allen Dingen, die ihr Wohl und Wehe berühren. In der Diskussion wurde diese Theorie zunächst einer Einschränkung unterzogen, insofern man das Wort „die Masse“ durch den Ausdruck: „die organisierte Masse“ ersetzte. Es hieß ja aller Erfahrung Hohn sprechen, wenn man die unorganisierten Massen mit der Aufgabe betrauen wollte, das Banner der Entwicklung voranzutragen. In Bezug auf die organisierte, durch die Organisation aufgeklärte und geschulte Masse trifft allerdings der Satz zu, daß sie selbst ihren Weg bestimmen soll. Aber in der Praxis tauchen sofort Schwierigkeiten auf, von denen manch ein Theoretiker in seiner Schreibstube gar keine Ahnung hat. Es wirft sich nämlich vor allen Dingen die Frage auf, wie weit die Schulung und Aufklärung in den Reihen der Mitglieder bereits gebieten ist und ein wie großer Teil der Mitglieder gewillt ist, an den gewerkschaftlichen Arbeiten aktiv teilzunehmen, anstatt sie einfach den Führern und Beamten zu überlassen, die „den Krampf schon besammeln“ werden. Und dann dürfte man auch wohl fragen, wie es die Masse denn machen soll, um den Führern die gewünschten Direktiven zu geben und ihren Willen zum Ausdruck zu bringen.

Das sind alles Fragen der Praxis, an denen sich die Praktiker die Zähne ausbeißten, während die Theoretiker von der Höhe ihrer Wissenschaft herab diesen Versuchen untätig zuschauen. Hieraus soll man lernen, daß die Theorie, so notwendig und unentbehrlich sie ist, doch in jedem Falle erst in der Praxis ausgearbeitet werden muß und daß immer und überall die Praxis das letzte Wort zu sprechen hat.

150 Menschen dem Kapitalismus geopfert.

Entsetzliche Folgen hat der Brand einer New Yorker Zelluloidfabrik gehabt. Bei dem am 25. März ausgebrochenen Brande sind über 150 Personen getötet worden. Die Zelluloidfabrik war im siebenten Stockwerk eines zehnstöckigen Wolkenkratzers untergebracht. Das leicht entzündbare Zelluloid fing auf irgendeine Art Feuer, und in kürzester Zeit standen die höheren Stockwerke in Flammen, wodurch jeder Rückweg den Bedrohten abgeschnitten war. Unter den 1500 Personen, die das Gebäude bevölkern, entstand eine Panik und über 100 Personen fanden ihren Tod, da sie aus der graufigen Höhe auf das Straßenniveau herabsprangen, nachdem ihnen das verheerende Element den Rückweg abgeschnitten hatte. Gegen 50 fanden den Tod in den Flammen.

Dieses entsetzliche Unglück geht einzig auf das Konto des Kapitalismus, denn die Tagespresse berichtet, daß anscheinend Verfehlungen gegen die Bauvorschriften vorliegen. Rettungsausgänge waren verschlossen und verbaut und nur eine einzige Notleiter soll vorhanden gewesen sein. So waret der Kapitalismus durch Blut und über Leichen!

Was aber wird getan, um solche Katastrophen abzuwenden? Nichts! Man läßt die Sache ihren Lauf gehen und trägt gott ergeben, was da kommt. Wenn aber die Opfer dieser entsetzlichen Ereignisse nach Abstellung der Mißstände schreien und dem Kapitalismus die ungehemmte Ausbeutung etwas eingeschränkt werden soll, da heult und jammert er so lange, bis die Regierung den Arbeitern auf deren ungestümes Verlangen ein wenig weiße Salbe verschreibt, die den Gutgläubigen wohl befriedigen, irgendwelchen positiven Wert jedoch nicht hat. So macht sich die Regierung zum Mitschuldigen an diesem Kapitalverbrechen und nichts vermag sie davon rein zu waschen.

Auch bei uns im Lande der „fortgeschrittenen Sozialpolitik“ steht es in Bezug auf den Schutz in Zelluloidbetrieben noch recht windig aus. Auf die Petitionen der Arbeiterverbände hat ja der Unternehmerverband eine Gegenpetition losgelassen, um den verlangten Arbeiterschutz zu hintertreiben. Ob nicht doch solche Katastrophen das Gewissen dieser Unternehmer schärfen werden, ob nicht doch die Regierung dazu kommen wird, endlich für ausreichenden Arbeiterschutz zu sorgen? — Bei der „gottgewollten Abhängigkeit“ der Regierung vom Kapitalismus müßten schon erstere einlenken, bevor an gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter zu denken ist. Und so wird der wirksame Arbeiterschutz auch in deutschen Zelluloidbetrieben wohl noch lange auf sich warten lassen.

Jahresbericht vom Gau 1.

Das Jubiläumsjahr des Verbandes ist nicht ohne besondere Bedeutung in unserem Gau vorübergegangen. Sind doch in nicht weniger als fünf Orten (ausschließlich Berlin, was ja nicht zum Tätigkeitsfeld des Gauvorstandes gehört) Lohnbewegungen geführt worden. Mit den Erfolgen konnte man bis auf eine zufrieden sein, da neben Arbeitszeitverkürzungen auch Lohnverhöhungen von 6 bis 20 Proz. eingetreten sind. In drei Orten kam es zum Ausstand, und speziell in Rathenow bestand die dortige Kollegenchaft die Feuerprobe aufs glänzendste. Der Gauvorstand war durch die Lohnbewegungen stark engagiert. Infolge emsiger Agitation wurden 86 Einzelmitglieder gewonnen. Anlässlich der Jubiläumsfeier wurde an alle Einzelmitglieder ein der Bedeutung des Tages entsprechendes Flugblatt versandt und sie dazu aufgefordert, durch Zusammenkünfte den Tag besonders zu gedenken. In Breslau und Eberswalde gelang es, einen Teil der dortigen Kollegen zu organisieren, wodurch wir hoffentlich für immer mit genannten Orten Verbindung behalten. Mit weiteren 37 Orten stand der Gauvorstand in Verbindung und hatten wir zeitweise über 100 Einzelmitglieder. In 29 Fällen war der Gauvorstand an den einzelnen Orten tätig, speziell machte sich seine Anwesenheit infolge der Lohnbewegungen nötig,

welche bis auf Rathenow unter seiner Leitung standen. Es fand im Berichtsjahre eine Zahlstellenkonferenz statt, welche sich mit dem Erfurter Verbandstage, ferner eine Konferenz der Gaubollmächtigen, in Gemeinschaft des Bezirksleiters, die sich mit Agitations- und Organisationsfragen beschäftigte. Ein vom vorigen Gaultag angenommener Antrag, einen Gauarbeitsnachweis ins Leben zu rufen, konnte infolge der sich in den Weg stellenden Schwierigkeiten noch nicht verwirklicht werden, und es verblieb somit bei der bis dato erfolgten Arbeitsvermittlung. Alles in allem war es ein arbeitsreiches Jahr, was auch die nachfolgenden Zeiten beständigen werden.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen wollen wir nunmehr die Verhältnisse der einzelnen Orte einer kurzen Besprechung unterziehen.

Das impulsivste Verbandsleben spielt sich naturgemäß in Berlin ab. Dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht der Zahlstelle entnehmen wir folgendes. Trotz eines nicht allgemein befriedigenden Auflebens der Konjunktur erhöhte sich der Mitgliederbestand um 600, so daß am Schlusse von 1910 nahezu 7000 Mitglieder gezählt wurden. Außer einer allgemeinen Lohnbewegung in der Glaisbranche, wodurch die Erneuerung des Tarifs erzielt wurde, fanden in weiteren 11 Einzelbetrieben Lohnbewegungen statt. Die Gesamtzahl der hierin betroffenen Personen beträgt 450. Bis auf 3 Betriebe mit 60 Personen konnten die Bewegungen als erfolgreich bezeichnet werden. Die Zahlstelle erledigte ihre Arbeiten in 9 Generalversammlungen; außerdem fanden 67 Brancherversammlungen statt. Die asamten Funktionäre benötigten zur Erledigung ihrer Obliegenheiten 366 Sitzungen; außerdem waren 129 Verhandlungen mit den Arbeitgeber und 1078 Werkstattversammlungen erforderlich. Ein bereichs Zeugnis über den Tiefstand unseres Wirtschaftslbens legen die Zahlen der Arbeitslosenstatistik ab. Neben 2663 männlichen wurden 3523 weibliche Personen als arbeitslos gemeldet, was ist ein Mehr von insgesamt 735 Personen gegen das Vorjahr. Es wird bei dieser Gelegenheit jedem zureichenden Kollegen zur Pflicht gemacht, sich im Arbeitsnachweis zu melden und nicht durch Umschauen sich Arbeit zu suchen.

Rudernwalde mit seiner Papierwarenindustrie bestand im Berichtsjahre seine zweite Lohnbewegung. Noch in letzter Stunde wurde ein Ausstand vermieden, da die Unternehmer ein größeres Entgegenkommen zeigten als anfangs der Verhandlungen. Sicherlich hat sie der feste Zusammenhalt ihres Personals, der sich bei Eingekündung in die Listen behufs Kündigung so glänzend kundgab, eines Besseren belehrt. Erreicht wurden, neben Arbeitszeitverkürzung auf 9¼ Stunden pro Tag, Lohnzulagen von 6—8 Proz. Die Organisationsverhältnisse sind gute zu nennen, nur läßt der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig.

Für die Zahlstelle Rathenow war das Berichtsjahr ein Jahr höchster Spannung, welche sich in einem heftigen Lohnkampfe entlud. Mit beispielloser Zähigkeit wurde auf beiden Seiten gekämpft, und es tat der Bedeutung dieses 15wöchigen Kampfes wenig Abbruch, daß der Erfolg nicht so ausfiel, wie man es nach dem standhaften Verhalten der um Verbesserung ihrer Lage Kämpfenden wohl hätte erwarten dürfen. Im Frühjahr hatte noch ein Abwehrstreik stattgefunden, welcher mit vollem Erfolge unzererseits abschloß. Diese Vorgänge zeitigten naturgemäß ein reges Verbandsleben, welches sich in den zahlreich abgehaltenen Versammlungen und der erfreulichen Zunahme des Mitgliederbestandes kundtat.

Die Zahlstelle Brandenburg a. S. hat erfreulicherweise auch an Mitgliedern zugenommen, nachdem in den letzten Jahren ein Stillstand eingetreten war. Hoffentlich trägt dieser Erfolg dazu bei, um die große Anzahl der dortigen Kolleginnen für die Organisation zu gewinnen.

Auch die Zahlstelle Potsdam stand im Zeichen der Lohnbewegung, da der mit der Arbeitgebervereinigung abgeschlossene Tarif abließ. Der Tarifkündigung war eine energische Agitation vorausgegangen, welche jedoch nicht den erwünschten Erfolg zeitigte, da bei einem Teil unserer Berufsangehörigen der Beamtenstadt P. schon der Name „Verband“ eine „beängstigende“ Wirkung ausübt und sie jedem Kollegen, welcher um ihre Verbandsmitgliedschaft wirt, mutig — aus dem Wege gehen. Trotzdem hat die Lohnbewegung einen befriedigenden Abschluß gezeitigt, sind doch die Minimallöhne der Kollegen um 2 Wk. und die der Kolleginnen um 1 bzw. 1,50 Wk. erhöht. Da eine Einigung unter den Arbeitgebern nicht zustande kam, mußten mehrere Sondertarife abgeschlossen werden, von denen der mit der Freien Vereinigung (Zinnungsmeißern) abgeschlossene der ungünstigste ist, da in demselben der Minimallohn nur um eine Mark erhöht ist; allerdings kommen hierbei meist nur kleine Betriebe in Betracht, die nicht immer Gehilfen beschäftigen. Ein mit der Lohnbewegung in Verbindung stehender Ausstand bei der

Firma Hahns Erben konnte leider nicht erfolgreich beendet werden. Es sprachen hierbei verschiedene Umstände mit, nicht zuletzt war der Arbeitswilligkeit zweier Nichtbuchbinder an dem Miflingen des Ausstandes schuld. Aber die Potsdamer Kollegenchaft wird sicherlich die Scharte bald wieder auszuweihen verstehen. Bemerkenswert ist, daß die Firma die seinerzeit geforderten Löhne jetzt auch zahlt.

Kottbus, als jüngste Zahlstelle im Gau, hatte durch intensive Hausagitation seine Mitgliederzahl bedeutend erhöht. Leider ist aber durch die starke Fluktuation und örtliche Mißverhältnisse kein Gewinn verblieben. Es wäre an der Zeit, wenn sich alle Mitglieder ernstlicher damit befassen würden, bei der Organisation der uns noch Fernstehenden selbst mit Hand anzulegen und nicht den wenigen Funktionären der Zahlstelle das schwer zu bearbeitende Feld allein zu überlassen. Denn zur Verbesserung der örtlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche ja im Berichtsjahr ernstlich vorgenommen werden sollte, gehört vor allem eine starke Organisation. Der in diesem Jahre in den Mauern Kottbus' tagende Gau-tag wird sicherlich hierzu genügend Anregungen geben und hoffentlich werden diese von der Kollegenchaft nutzbringend angewandt.

In Frankfurt a. O. haben sich durch die Organisation immer weiterer Kreise der Kollegenchaft die Verhältnisse unftreitig gebessert. Freilich ist eine Erhöhung der Mitgliederzahl nicht zu konstatieren, da Frankfurt meist nur als Durchgangsstation für unsere Kollegen betrachtet wird, um sich bald in Berlin ein Stellbildnis zu geben. Erfreulicherweise hat die Organisation auch bei den Kolleginnen Eingang gefunden, deren es in den Frankfurter Papierwarenfabriken eine beträchtliche Anzahl gibt.

Neudamm, mit dem Großbetriebe Neumann, hatte sich der Gauvorstand im Berichtsjahre besonders als Agitationsfeld auszeichnen. Durch Hausagitation und Versammlungen, wobei wir vom dortigen Gewerkschaftskartell willige Unterstützung fanden, war es auch gelungen, fast alle Berufsangehörigen zu organisieren. Dies erregte das Mißfallen des Herrn Werkmeisters Döhning, welcher nunmehr wohl einseh, daß die Zeit vorbei war, in der er mit dem Personal nach seinem Befinden schalten und walten konnte, und daß er durch Bierantreden oder bei einer Partie Schafstopp nicht mehr die Kollegen einfluten konnte. Auch das Bestreben, was ihm gegenüber von Seiten des Herrn Kommerzienrats N. ob dieser Veränderung unter dem Personal ausgedrückt wurde, gab ihm Veranlassung, seine Macht zu gebrauchen, um die verhasste Organisation wieder zu zerschmettern. Teils durch väterlichen Rat, teils durch Versprechungen versuchte er die neugewonnenen Mitglieder der Organisation wieder zu entreißen. Und als dieses nicht den erwünschten Erfolg hatte, mußten Drohungen dieser Art herhalten, um zu diesem Ziel zu gelangen. Und wer sich auch dann nicht fügte, mußte die gastliche Stätte verlassen. Herr Döhning ist leider zu seinem Ziel gekommen, zum Teil durch Mittel, die, wenn sie von organisierten Arbeitern angewandt werden, von den Unternehmern dazu benutzt werden, um nach dem Richter zu rufen. Nun, lange wird er sich seines Sieges hoffentlich nicht freuen, denn auch in die schwärzesten Winkel und in die geschnitteste Arbeiterschaft hat sich der Gedanke der erlösenden Organisation Bahn gebrochen und starke Wurzeln geschlagen.

In Spremberg sind wohl Fortschritte in bezug auf Organisation zu verzeichnen, die aber nicht befriedigen können. Freilich ist es schwierig, hierorts Mitglieder zu werben, da die Firma Götsch bestrebt ist, nur „N.“ zu beschäftigen, und ein Teil der übrigen Berufsangehörigen unter traurigen Erwerbsverhältnissen sich in ihrer wenigen, nach der langen Arbeitszeit frei verbleibenden Zeit in der Landwirtschaft dienstbar machen.

In Sorau gelang es, die Zahl der Mitglieder erheblich zu vermehren und diese stellten in Gemeinschaft der Nichtverbändler an die Firma Rauer u. Wittius Forderung auf Lohnerhöhung. Diese wurde rund abgelehnt und die bereits in der Kündigung stehenden Kollegen zogen die daraus entstehenden Konsequenzen. Leider ist durch diese Art Lohnbewegung den Kollegen und der Organisation nicht gedient, denn der Gauvorstand hätte, wenn ihm die Sache einleitend in die Hand gegeben wäre, diese sicherlich günstiger zu Ende geführt.

Von Neu-Ruppin und Finsterwalde sind günstige Momente nicht hervorzuheben. In beiden Orten sind Versuche, die Kolleginnen zu organisieren, stets ohne Erfolg geblieben. Der Stand der organisierten Kollegen ist stabil.

In Roffen gelang es, den Tarif mit erheblichen Verbesserungen zu erneuern. Der Minimallohn der Kollegen wurde auf 26 bzw. 28 Mk. gehoben. Die Anfangslöhne der Arbeiterinnen (Lehrmädchen) wurden auf 7,50 bzw. 8,50 Mk., steigend bis 14 Mk., festgelegt.

Nach langen Bemühungen gelang es uns auch, in Prenzlau der Organisation Eingang zu verschaffen. Von den 11 dort beschäftigten Kollegen sind jetzt drei organisiert. — Das gleiche gilt für Eberswalde, wo uns jedoch noch ein Teil christlich organisierter Kollegen gegenüber stehen. — Aus Guben sind keine Erfolge zu verzeichnen, doch müßte es bei etwas mehr Regsamkeit der organisierten Kollegen auch hierorts besser werden. Der Vertrauensmann wurde, nachdem er erkrankte, trotzdem er lange Jahre bei einem Kleinmeister beschäftigt war, entlassen. — Auch in Fürstendal wurden zwei unserer Mitglieder, weil sie für den Verband tätig waren, entlassen, so daß nunmehr die Nichtverbändler wieder „hübsch unter sich“ sind. — Hoffentlich dauert diese „traute Eintracht“ nicht allzu lange. Für den „Secht im Karpenteich“ werden wir schon sorgen. — Die Kollegen in Bernau erreichten auf gutlichem Wege eine Lohnaufbesserung. — Außer vorgenannten Orten hatte der Gauvorstand noch u. a. mit folgenden Orten Verbindung: Solbin, Brißwall, Niemeß, Habelberg, Oranienburg, Kyritz, Schmiebus, Forst, Landsberg, Friedrichshagen und Trebbin, welche jedoch zu besonderen Bemerkungen Veranlassung nicht geben. — Wir lassen nunmehr am Schlusse unseres Berichtes die Rahmenverhältnisse noch Reue passieren. Die Einnahme der Verbandskasse betrug 2353,95 Mk. Dieser stand eine Ausgabe von 1354,39 Mk. gegenüber, worunter 512,25 Mk. für Arbeitslosen- und 114 Mk. für Krankenunterstützung gezahlt wurden. An den Verbandsvorstand konnten 625 Mk. abgeführt werden. Die Gaukasse vereinnahmte inkl. des Bestandes 1187,57 Mk. und verausgabte 766,24 Mk., so daß am Schlusse des Jahres ein Bestand von 421,33 Mk. zu verzeichnen war.

Berlin. Hugo Lemfer.

Jahresbericht vom Gau 16.

Noch nie hat Nordbavern ein solches Sturmjahr zu verzeichnen gehabt, wie das verfloßene. Eine Bewegung jagte die andere, und auf die Erfolge kann man mit einer gewissen Genugtuung zurückblicken. Die Konjunktur war in allen Branchen eine gute. Auf Grund dessen konnte energisch an die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herangegangen werden, und die aufregende, mühevolle Arbeit war nicht umsonst. Es ist gelungen, die rückständigen Verhältnisse um ein Bedeutendes zu bessern.

Die sehr planmäßig betriebene Agitationsarbeit kommt in der Mitgliederbewegung zum Ausdruck. Nürnberg-Fürth weist eine Zunahme von 516 Mitgliedern auf. Auch die übrigen Zahlstellen haben zugenommen, mit Ausnahme von Regensburg, wo ein kleiner Rückgang zu verzeichnen ist. Die Einzelmitglieder sind von 19 auf 46 gestiegen. Diese Anzahl war vordem noch nie vorhanden. Wie die Entwicklung sich gestaltet, zeigen nachfolgende Tabellen, die sich auf die verfloßenen 3 Jahre erstrecken.

Nürnberg-Fürth.

Mitgliederbestand am

1. Jan. 1908:	202 männl.,	281 weibl.,	zusf. 483 Mitgl.
1. " 1909:	205 " 850 " "	575 " "	
1. " 1910:	231 " 507 " "	738 " "	
1. " 1911:	304 " 950 " "	1254 " "	

Das ist eine Zunahme innerhalb 3 Jahren: 102 männliche, 669 weibliche, zusammen 771 Mitglieder.

Gau 16. (Gesamtmitgliederzahl.)

1. Jan. 1908:	331 männl.,	368 weibl.,	zusf. 699 Mitgl.
1. " 1909:	344 " 434 " "	778 " "	
1. " 1910:	390 " 607 " "	997 " "	
1. " 1911:	482 " 1082 " "	1564 " "	

Gesamtzunahme 865 Mitglieder. Die Mitgliederzahl hat sich also mehr als verdoppelt. Diese Zahlen zeigen die Rentabilität der Anstellung des Bezirksleiters.

Die Resultate der stattgefundenen Bewegungen für Nürnberg-Fürth sind kurz in folgendem zusammenzufassen:
Die seitens des Schutzverbandes der Stein-druckereibesitzer drohende Arbeitsordnung (Zuchttaubordnung) wurde abgewehrt. Für unseren Beruf kamen hierbei rund 700 Personen in Frage.

Kunstanstalten.

Lohnerhöhungen sind zu verzeichnen: 976,25 Mk. pro Woche für 687 Personen. Arbeitszeitverkürzungen von 2 1/2 Stunden pro Woche für 112 Personen.

Pappspielefabriken.

Lohnerhöhungen 141,25 Mk. pro Woche für 154 Personen. Arbeitszeitverkürzungen 2 Stunden pro Woche für 120 Personen.

Buchbindereien, Buchdruckereien und Kartonnagenfabriken.

Lohnerhöhungen 369,57 Mk. pro Woche für 280 Personen. Arbeitszeitverkürzungen 1 1/2 Stunden pro Woche für 211 Personen.

Resultat der Lohnbewegung in Würzburg: Die Lohnerhöhungen betragen 89,50 Mk. pro Woche für 90 Personen.

Ein Jahr schwerer Stürme und Aufregungen liegt hinter uns. Alle tätigen Personen waren bis aufs Äußerste angepannt. Mit innerer Genugtuung kann aber angefaßt werden, daß die erbärmlichen Löhne für viele Hunderte unserer Kollegen und Kolleginnen verbessert werden konnten. Trotzdem stehen wir auf diesem Gebiet immer noch anderen Bezirken bedeutend nach. Es heißt also mit Anstrengung aller Kräfte weiter zu kämpfen, bis ein menschenwürdiges Dasein für alle errungen ist.

Allen Kollegen und Kolleginnen, die uns im Berichtsjahr so tatkräftig unterstützt und dadurch ihr Teil zu den Erfolgen beigetragen haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Hoffentlich erzählt der Kreis dieser wackeren Mitstreiter im kommenden Jahre wiederum eine bedeutende Erweiterung. Obwohl wir gestärkt und innerlich gefestigt aus all den schwereren Kämpfen hervorgegangen sind, ist noch unendlich viel Arbeit zu leisten.
Nürnberg-Fürth. Fr. Weinländer.

Zur Lehrlingsfrage.

Alljährlich wendet sich ein Teil der schulentlassenden Jugend auch dem Buchbinderhandwerk zu, vorzugsweise sind es aber die Herren Innungskauter, die sich mit der Ausbildung dieser jungen Leute befassen. Allgemein üblich ist es nun geworden, Lehrverträge nicht mehr unter 4 Jahren abzuschließen — der besseren Ausbildung wegen. Es gibt gewiß noch tüchtige Meister in unserem Fach, die sich wirklich redliche Mühe geben, ihren Lehrlingen etwas beizubringen. Aber leider der größte Prozentfuß betrachtet seinen Lehrlingen als billiges und williges Ausbeutungsobjekt. Viel wird natürlich von den Angehörigen des Lehrlings gesündigt, indem sie vorher bei der Gehilfenschaft bezw. deren Organisation nicht bessere Erlundigungen einziehen; so mancher könnte sich vor Schäden bewahren. Man muß aber auch mal die Frage aufwerfen, zu was Spezialbetriebe Lehrlinge halten, Betriebe, die das ganze Jahr über kaum ein knappes Duzend Druckbücher einbinden? In einem solchen Betriebe kann doch von einer gründlichen Ausbildung absolut nicht die Rede sein.

Da ist zum Beispiel eine rühmlichst bekannte Berliner Buchbinderei und Mustertartkonfabrik, welche neben 8-10 Gehilfen ständig 3 Lehrlinge beschäftigt. Die Ausbildung dieser jungen Leute ist eine geradezu mangelhafte, nicht mal über einen bestimmten Arbeitsplatz verfügen dieselben, aus einer Ecke in die andere verbannt, landen sie endlich auf einem nicht heizbaren Bodenraum, wo sie allerhand leichte Arbeitsburdenbesenle verrichten müssen. Dauerlich ist es, daß ein Lehrling im dritten Jahre bei Besuch der Fachschule noch nicht mal über die Anfangsgründe dieses Handwerks hinaus ist. Die Arbeitszeit ist zu lang, selbst nach Feierabend bis in die späten Abendstunden und Sonntagsarbeit sind keine Seltenheiten. Hat nun solch Künftler seine Lehrzeit beendet, dann wird ihm klar gemacht, daß er noch nicht leistungsfähig genug ist und trotz sein soll, beim Meister bleiben zu dürfen, natürlich für 18 Mk. Lohn; für Berliner Verhältnisse geradezu erbärmlich. Und ein solcher Meister hat dann noch den Mut, sich als humaner Arbeitgeber zu preisen und über hohe Gehilfenlöhne zu jammern. Die Gehilfenlöhne sind aber so hoch, daß sogar altem Personal nach 4 Jahren und längerer Tätigkeit der tarifliche Lohn noch vorenthalten wird und so kann es dann kommen, daß bei solch kleinem Betrieb dem Unternehmer jährlich an vorenthaltenem Gehilfenlohn noch 700 Mk. in die Tasche fliehen. Fürwahr eine ganz nette Nebeneinnahme. Nicht zu vergessen ist, daß auch die bestehenden Sozials seinen Unwillen herausfordern. Das ist auch wichtiger, als sich mit sanitären Einrichtungen zu befassen und die Gewerbeordnung zu beachten. Es wäre wirklich an der Zeit, die Lehrlingsfrage ganz oben an zu setzen, genügend Material zu sammeln und bei der kommenden Lohnbewegung diesen Lehrlingsbildner ganz gehörig auf die Finger zu klopfen. —r.

Internationales.

Schweden. Der Verbandstag des schwedischen Buchbinderverbandes, der im Vorjahre verschoben wurde, findet nunmehr in der Zeit vom 14. bis 17. April in Stockholm statt. Als Vertreter des Internationalen Buchbindersekretariats wird Kollege Kloth an ihm teilnehmen.

Schweiz. Der 13. ordentliche Verbandstag des Schweizerischen Buchbinderverbandes findet vom 3. bis 5. Juni 1911 in Genf statt.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

Deutschland:

- Eisenberg (Stenarbeiter);
- Hannover (Buchbinder, Kontobuch-
arbeiter, Linierer und Kartonnagen-
arbeiter, Portefeuille und Arbeiterinnen);
- Kathenow (Stenarbeiter).

In den vorgenannten Orten wird
Reisenunterstützung bis auf weiteres nicht
ausgezahlt.

Finnland:

(Für alle Branchen.)

Oesterreich:

- Graz (Buchbinder und Arbeiterinnen);
- Dlmüh (die Firma Kullil);
- Zetschen-Bodenbach (die Firma F.
W. Stopp);
- Wernsdorf (die Firma Dpit).

Schweiz:

- Arbon (die Firma A. D. Feine,
Stidereiwerkstatt);
- Korjmach (die Firma Feldmühle,
Stidereiwerkstatt);
- Zürich (die Firmen Paul Carpentiers
Söhne, Geschäftsbücherfabrik; G. Wol-
fensberger und G. Brieger u.
Cie., Kartonnagenfabrik).

Buchbinder und Kartonnagenarbeiter haben
sich vor Annahme von Arbeit nach dem Gan 13,
Pöfen und Langenfalza, Stenarbeiter und
Buchbinder nach Hanau bei den Bevollmäch-
tigten nach den bestehenden Verhältnissen zu er-
kundigen.

Widau.

Nun sind die Stürme aufgewacht!
Sie jagen auch in euer Tal
Und singen dort...

Diese Zeilen aus dem „Tantalus“ kommen uns
unwillkürlich in den Sinn, wenn man sich das Ringen
der hiesige Widau nach einigen Fortschritten an-
sieht. Sind doch keine besonders großen Betriebe am
Orte, ausgenommen die Geschäftsbücher- und Leder-
warenfabrik F. G. Kramer, welche ja die Hauptzahl
aller hiesigen Berufsangehörigen beschäftigt, und
außer der Firma D. Walthers ist nicht viel Buch-
binderei mehr am Orte. Die paar Kleinmeister zählen
ja bei heutigen Verhältnissen nichts mehr. Nun
wären noch die Druckereien und lithographischen
Kunstanstalten da. In diesen sitzt ja allerdings auch
eine hübsche Zahl Buchbinder, auch sind diese allen
anderen betrefß Lohn und Arbeitszeit voraus, denn
diese Kollegen hängen in allem vom Buch- und Stein-
drucker ab und sind daher auch mit beiden Berufs-
gruppen eng liiert. Diese Kollegen haben, gestützt
auf die tariflichen Vereinbarungen dieser beiden Or-
ganisationen einerseits, wie auch auf ein gewisses
Entgegenkommen der Prinzipale andererseits ver-
standen, ohne großes Risiko eine ins Auge fallende
Besserung ihrer Lage ins Werk zu setzen. Den Kol-
legen der Firma Kramer ist es noch nicht vergönnt
gewesen, dieselben Bedingungen zu erreichen. Wohl
hat diese Firma jeberzeit den Hauptteil aller Kol-
legen beschäftigt — rund 100 Personen —, aber jeber-
zeit verstanden es die Meister, die Kollegen gegen-
seitig zu verheken und diese damit von der Agitation
unter den Kolleginnen fern zu halten. Mehr als ein
Kollege, welcher die Grenze überschritt, d. h. die Kol-
legen zur Einigkeit ermahnte, und es sich wohl gar
aufzulaßen, flog aufs Straßenpflaster. — Doch wie
alles ein Ende bekommt, so auch hier. Durch sich oft
wiederholende Fälle stühig geworden, bearbeiteten die
Kollegen den Woben in letzter Zeit mit aller Energie;
die Laktik der Meister, unliebame Leute einfach
doppelt zu erseken, um immer Reserbe zu haben,
schlug endlich auch einmal dem Fasse den Woben aus.
Wieder flog ein Kollege unbeschofft wegen einer
Wagatelle. Dieser war ohnedies noch gezwungen,
aufs Gewerbegericht zu gehen, um seinen Lohn für
die Kündigungszeit zu retten. — Bei dieser Gelegen-
heit wurde einmal tabula rasa gemacht, denn Chef
unterbreitet, was sonst niemals seine Augen blickten

durften, und die Firma in des Chefs eigener Person
„mußt mit Grauen — alle diese Schreden schauen!“

Eine folgende kurze Besprechung brachte die
ersten Kolleginnen endlich zu dem Bewußtsein, daß
es ihnen im Grunde genommen doch ebenso ergehe,
und man setzte eine Werkstübchenversammlung fest, die
einen über alles Erwarten günstigen Besuch aufwies.
Rechtzeitig war Kollege Pfüke-Chemnitz herangeholt
worden und infolgedessen der Erfolg ein guter.

Es liegt nun an den Kollegen am Orte, die Kol-
leginnen durch intensive Aufklärung für immer an
den Verband zu fesseln. Pflicht der Kollegen
im Reich aber ist es, die Arbeits-
angebote der Firma etwas weniger
oder am besten gar nicht zu berücksich-
tigen. Dadurch würde der Widauer Kollegenschaft
am besten gebient. Leider traten in letzter Zeit eine
hübsche Anzahl Kollegen von auswärts an, ohne
sich auch im geringsten Auskunft beim
Bevollmächtigten einzuholen. Beson-
ders die österreichischen Kollegen warnen wir, gar zu
leicht die Angebote der Firma anzunehmen. Man
benutzt sie doch bloß, um die unferigen herauszu-
werfen und seinen seßhaften Stamm aufkommen zu
lassen. Den Kollegen und Kolleginnen raten wir
aber an: Nicht verzagt zu sein im Kampfe „um der
Arbeit Recht und Brot“, sondern fuchtllos und treu
auszuharren; der Lohn wird dann eine doppelte
Freude sein im Anwachsen der Mitgliederzahl der
Zahlstelle und dadurch auch eine baldige gemeinsame
Regelung aller Arbeits- und Lohnverhältnisse. Vor-
wärts denn — ohne Kampf kein Sieg!

Nerchau. Am Sonntag, den 26. März, unter-
nahmen eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen der
Zahlstellen Wurgen und Grimma hier in Nerchau
eine Hausagitation. Da schon eine Anzahl der hiesi-
gen Kollegen und Kolleginnen der Luzuspapier- und
Kartonnagenbranche bereits unserem Verbands-
angehörigen, so galt es, auch die noch fernliegenden für
den selben zu gewinnen. Der Erfolg war immerhin
ein zufriedenstellender und man muß sich gegen-
wärtigen, daß Nerchau ein kleiner Landort ist, wo
es sich besonders schwer agitieren läßt. Wir sind
aber überzeugt, daß die Agitation auch für die Zu-
kunft fruchtend gewirkt hat, da an der Agitation
auch 3 Wurgener Kolleginnen mit je einer Grimmaer
sich mit gutem Geschick, die Nerchauer Kolleginnen
von der Notwendigkeit des Zusammenstufes in
der Organisation zu überzeugen, beteiligten. Es
ist außerordentlich wertvoll, wenn eine Kollegin zur
anderen spricht und sie aufmuntert, ihre Klassen-
lage durch die Macht der Organisation zu heben.
Am Nachmittag ¼ 4 Uhr fand dann auch eine Ver-
sammlung im Gasthof zur Sonne statt. Der Besuch
konnte hier etwas besser sein. An Stelle des am
Erstehen verbinberten Gauleiters Pfüke, Chem-
nitz, referierte Scheide, Wurgen. In einem ein-
stündigen Vortrag legte der Redner den Anwesen-
den den Wert der Organisation dar. An den Vor-
trag schloß sich eine lebhafteste Debatte an, an welcher
sich wiederum die Wurgener Kollegen und Kolle-
ginnen, letztere besonders lebhaft, beteiligten.

Es wurden verschiedene Klagen laut über Be-
triebsmifstände in den Nerchauer Betrieben. Dabei
wurde auch über den nach hier verlegten Filial-
betrieb der bekannten Wurgener Kartonnagenfabrik
von Paul Kramer gesprochen. Wie wir vorausge-
sehen haben, so ist es auch gekommen, nämlich es
stodt schon und die Arbeiterinnen sollen ein paar
Wochen aussetzen. Wissen wir doch, daß im Haupt-
betriebe der Firma in Wurgen die Leute schon
stundenlang auf Arbeit warten müssen und das sind
die geleerten Kräfte. Einstweilen wollen wir erst
abwarten, wie sich die Verhältnisse weiter entwickeln
werden. Aber eins müssen wir noch erwähnen: auch
in Nerchau ist schon die in Wurgen als besonders
lieblich bekannte Direktrice der Wiedling der Ar-
beiterinnen geworden. Frau Wille hat auch den
Nerchauer Kolleginnen erzählt, daß ein Angehöriger
des von Kramer vor 5 Wochen gemahregelten Koll.
Schulz, Wurgen, förmlich auf den Knien geruchst
gekommen sei, um den betreffenden wieder in das
Eldorado des Herrn Krauer einzubetteln. Unser
Kollege Schulz persönlich hatte das nicht notwendig
und er war selbst darüber entriüfert, er habe nie-
mand dazu bewegen. Die Unterstützung, die Schulz
seitens des Verbandes und der Lokalkasse der Zahl-
stelle Wurgen erhielt, war ebenso hoch wie ein
Wochenberdienst zur jetzigen Zeit bei Kramer. Vor-
läufig wollen wir darauf verzichten, der Oeffent-
lichkeit die Löhne zu übergeben, die erwachene
Menschen dort verdienen. Wahrscheinlich würden
diese Gestaltungen die Allgemeinheit empören.
Wir kommen in nächster Zeit darauf zurück. Im
allgemeinen aber sah man doch, wie notwendig es
ist, auch in Nerchau regelmäßig im Monat eine Ver-
sammlung abzuhalten, um eine durchgreifende Auf-
klärung zu schaffen.

Rundschau.

Sammlungen für Reichstagswahl. Die Nummer
13 des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission
enthält nachstehende **R i c h t i g e I l l u n g**:

In Nr. 44 des „Vorwärts“ vom 21. Februar 1911
und in Nr. 11 der „Buchbinder-Zeitung“ vom
11. März 1911 sowie in Nr. 12 des „Correspondenz-
blatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften
Deutschlands vom 25. März 1911 ist auf einen Be-
schluß einer Gewerkschaftsvorstandskonferenz der tar-
telierten Gewerkschaften Stettins vom 19. Februar
1911 Bezug genommen und verschiedene gewürdigt
worden. In allen drei Mäthern hat der Beschluß eine
falsche Auslegung erfahren insofern, als man an-
nimmt, daß die fraglichen 50 Pf. als Beitrag zu den
kommenden Reichstagswahlen, als obligatorischer
Beitrag zu gelten haben und unter allen Umständen
von jedem Mitgliede der Gewerkschaft oder aus den
Lokalassen der Gewerkschaften geleistet werden
müßten. Diese Auffassung ist irrig insofern, als der
Beschluß lediglich eine moralische Verpflichtung dem
einzelnen Mitgliede der Gewerkschaft gegenüber
auspricht, dem einzelnen Mitgliede sowohl wie auch
den Lokalassen der Gewerkschaften aus dem Be-
schlusse keinerlei Verpflichtung erwächst. Es
kann demnach gar keine Rede davon sein, daß Gewerkschaftsgelder zu anderen Zwecken verwendet werden
sollen, als zu denen sie naturgemäß bestimmt sind.
Schließlich sei noch erwähnt, daß der Kartellausschufß
als offizielle Vertretung der tartelierten Gewerks-
chaften für das Zustandekommen des Beschlusses
keinerlei Verantwortung trägt, weil er zu den Vor-
beratungen dieser Angelegenheit nicht hinzugezogen
worden ist und die Einladung der Gewerkschaftsvor-
stände zu der Konferenz seitens der Parteinstanzen
direkt erfolgt ist.

Der unterzeichnete Kartellausschufß hält diese
Sachdarstellung für geboten, damit nicht die Mei-
nung Plak greifen kann, als wüßte die Vertretung
der Gewerkschaften Stettins und Umgebend die
Grenze zwischen Partei- und Gewerkschaftsobligen-
heiten nicht zu finden.

Stettin, den 28. März 1911.

Der Kartellausschufß.
Franz Ducheit, Vorsitzender.

Die Redaktion des „Correspondenzblattes“ be-
merkt dazu: „Wenn das Stettiner Kartell mit jener
Konferenz und dem dort gefassten Beschluß nichts zu
tun hat, so erliegen sich natürlich auch die in bezug
auf seine Stellung gezogenen Schlussfolgerungen, nicht
aber die üblen Rückwirkungen jenes Vorstands-
beschlusses. Ob der Beitrag obligatorisch sein soll
oder ob nur eine moralische Pflicht ausgesprochen
wurde, ändert wenig an der Sache. Unseres Er-
achtens täten die Gewerkschaften besser, die Samm-
lung der Wahlmittel der Partei zu überlassen und
sich auch nicht durch Parteinstanzen zu einer Ver-
schiebung der Funktionen verleiten zu lassen.“

**Verband deutscher Tüten- und Papierwaren-
fabrikanten.** Dieser Verband, über dessen Zustande-
kommen in Nr. 10 berichtet wurde, entsandte seinen
Vorstand zu einer Aussprache mit den für die Tüten-
fabrikation arbeitenden Papierfabrikanten. Diese
Aussprache fand am 25. März im Papierhaus zu
Berlin unter Teilnahme einer großen Zahl der
maßgebenden Fabrikanten statt. Die Papierfabri-
kanten haben einstimmig die Bestrebungen des
Tütenverbandes gebilligt und sich bereit erklärt, den
Verband in jeder Weise zu unterstützen. Es wurde
ein Ausschufß gewählt, dem Tüten- und Papier-
fabrikanten angehören und der einen Vertretung
zwischen dem Verband angehörigenden Tüten-
fabriken und den ihnen liefernden Papierfabriken
ausarbeiten soll.

Preisvereinigung der Tütenhersteller. In
Karlsruhe tagten am 18. März süddeutsche Her-
steller von Papierwaren, um eine Preisvereinigung
für Tüten, Beutel und Einwickelpapiere zu beschlie-
ßen. Die meisten und maßgebendsten Firmen waren
erschienen (etwa 40 Firmen) und klagten über die
schlechten Preise, denen nur durch einheitliche Preis-
festsetzung abgeholfen werden könne. Der süddeut-
sche Verband hatte bereits mit den benachbarten Be-
zirksverbänden Unterhandlungen gepflogen, nach
welchen Gegenseitigkeit verbürgt wird und Angebote
eines Verbandes in das Gebiet des anderen ausge-
schlossen sind. Bezüge von entfernt liegenden Fabri-
ken aber sind für die Verbraucher unmöglich, da die
Fracht im Verhältnis zu dem Wert der Ware zu
hoch ist. Auf fernbleibende Fabriken soll ein Druck
dadurch ausgeübt werden, daß die für den Bezug
des Rohstoffes in Betracht kommenden Fabriken (es
handelt sich nur um vier bis fünf, deren Frachtw-
hältnisse nach dem süddeutschen Bezirk Rechnung
geben) sich verpflichtet haben, an Nichtmitgliedern des
Verbandes Papier nicht zu liefern, während anderer-
seits die Hersteller der fertigen Ware entschlossen

sind, Papierfabriken, welche auch an Nichtmitglieder liefern, die Aufträge zu entziehen.

(„Frankfurter Zeitung“.)

Ein Verband selbständiger Buchbinder im ehemaligen Kurhessen und Fürstentum Waldeck wurde am 26. März in Kassel gegründet. Es waren vertreten die Orte Kassel, Fulda, Eschwege, Karlshafen, Großalmerode, Allendorf, Reichenbach, Volkmarfen, Friklar, Wanfried, Marburg, Grebenstein, Wolfanger und Rotenburg. Der Einberufer der Versammlung, Herr Buchbindermeister Leist (Kassel), wies darauf hin, daß bereits die Buchbindermeister sich im Bunde deutscher Buchbinderzünfte mit dem Sitze in Berlin zu einer großen Organisation zusammengeschlossen haben. Es machte sich aber auch die Gründung von Unterorganisationen, wie sie in anderen Teilen Deutschlands schon bestehen, nötig. Dessen bilde darin allerdings noch eine Ausnahme und eine solche Unterorganisation zu gründen, sei Aufgabe der Versammlung. Herr Voigt-Marburg teilte mit, daß sich die dortigen Buchbindermeister darüber einig seien, daß die Verbandsgründung zweckmäßig ist. Bedauerlich sei aber, daß Hanau, ein Ort, in dem viele Buchbindermeister ansässig sind, nicht vertreten ist. Diese Bedenken wurden aber zerstreut und hervorgehoben, daß z. B. Kassel korporativ mit 48 Mitgliedern dem Verbandsbeitritt. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, den Verband unter dem Titel „Verband selbständiger Buchbinder im ehemaligen Kurhessen und Waldeck“ zu gründen. Im Anschluß hieran wurden die Statuten beraten und genehmigt. Aus denselben geht hervor, daß der Verband die Hebung des Gewerbes, die Wahrung berechtigter Interessen und Festsetzung von Mindestpreisen verfolgen soll. Für einzelne Mitglieder ist ein Beitrag von 4 Mk., für Innungen und Vereine, die korporativ beitreten wollen, bis zu 20 Mitglieder pro Mann 2 Mk., für größere Verbände 1,50 Mk. festgesetzt. — Den Schluß der Versammlung bildeten die Wahlen. Aus denselben gingen hervor die Herren: 1. Vorsitzender Leist (Kassel); Schriftführer Niehmann (Kassel); Kassierer Quell (Kassel); Beisitzer Schminke und Sandrock (Kassel); Obmann: Bamberger (Fulda), Wolter (Eschwege), Voigt (Marburg) und Kelle (Storbach). Der nächste Verbandstag soll gelegentlich der Landwirtschaftsausstellung in Kassel stattfinden.

Der „Allgemeine Anzeiger für Buchbinder“ auf dem Abonnentensang. Auf nicht gerade saubere Art sucht der „Allgemeine Anzeiger für Buchbinder“ seinen Abonnentenstand zu erhöhen. Einer unserer Kollegen berichtet uns nämlich, daß er im Vorjahre Abonnent des „Allgemeinen Anzeigers“ gewesen sei. Er habe mit Beginn des laufenden Jahres das Abonnement nicht erneuert, da er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren konnte, ein Blatt zu unterstützen, das seine Interessen mit Füßen tritt. Der Kollege bekam daraufhin anfangs Januar ein Zirkular vom „Allgemeinen Anzeiger“, nach dem er als „gewonnener Abonnent“ zu betrachten wäre. Trotzdem der Kollege gar nicht daran dachte, den Anzeiger weiter zu beziehen, wurde ihm derselbe durch die Post zugestellt. Er verweigerte die Annahme der ersten Nummern, die ihm aber immer und immer wieder zugestellt wurden. Der Pferdefuß kam hinterher: Am 9. Februar erhielt er einen Postauftrag über 2,75 Mk., welcher natürlich nicht eingelöst wurde. Das Blatt erhält der Kollege trotzdem nach wie vor zugestellt. Da der Kollege ein Abonnement nicht eingegangen ist, braucht er selbstverständlich auch den Betrag hierfür nicht zu bezahlen. Der Fall zeigt aber, daß das Blatt, welches die einfachsten journalistischen Anstandsgefühle nicht besitzt — siehe sein Verhalten in Sachen der „Lohnsteigerungen“ — ein um so ausgeprägteres Verständnis für den edlen Mamon an den Tag legt, wie auch schon früher nachgewiesen wurde. Wir können allen unseren Kollegen, denen es so wie vorstehend geschah, ergehen ist, nur anraten, keinerlei Zahlungen an den „Allgemeinen Anzeiger“ zu leisten. Das Blatt ist die Abonnementsgebühr wirklich nicht wert.

Zwei Buchbinderfachkurse veranstaltet die Handwerkskammer Berlin und zwar den ersten vom 19. Juni bis 1. Juli und den zweiten vom 3. bis 15. Juli. Die Kurse finden werktäglich je von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags in der Berliner Buchbinderfachschule, Wasserstr. 4, statt. Zugelassen werden selbständige Buchbinder und ältere Gehilfen gegen porto- und bestellgeldfreie Einsendung von 5 Mk. Gebühr. Anmeldungen sind zu richten an die Handwerkskammer zu Berlin, Teltower Straße 1—4.

Der Papierverbrauch der Welt. Im Jahre 1904 belief sich die gesamte Papierproduktion der Welt auf 4 1/2 Milliarden Kilogramm; drei Jahre später

hatte sie sich verdoppelt; sie wächst noch unaufhörlich. Der größte Teil dieses Papiers wird gegenwärtig aus Holz hergestellt. Es sind insbesondere die harzigen Bäume, vor allen Dingen Nadelhölzer in Norwegen, Schweden und Finnland, die das Material liefern. Da ein vierjähriger Stamm nur 150 Kilogramm Material abgibt, so verbrauchte die Produktion des Jahres 1908 etwa 7 300 000 Bäume, was die Zerstückung eines Waldes von 600 000 Hektar bedeutet. Schweden allein hat die Hälfte dieser Entlohnung zu ertragen, so daß dort in 70 Jahren, wenn es so weiter geht, alle Wälder verschwunden sein werden. In Frankreich haben, wie Marcel Magnan in der „Revue de Paris“ angibt, die Kandidaten der letzten Wahlkampagne allein 845 355 Kilogramm an Anschlägen und 611 688 an Extrablättern verbraucht; viele der großen Tagesblätter bedrucken täglich 40 000 Kilogramm Papier; einige erreichen gar 75 000. Das ist aber noch gar nichts gegen Amerika, wo 2200 Zeitungen, von denen mehrere 20 bis 30 Seiten täglich haben, jährlich einen Wald von 10 000 Hektar, der mit 150 000 Bäumen bepflanzt ist, verbrauchen. Um der infolge dieses ungeheuren Papierbedarfs drohenden Entlohnung der Erde entgegenzuarbeiten, hat man verschiedene Vorschläge zum Ersatz des Holzpapiers gemacht. Aber das Lumpenpapier genügt kaum, um einzelne Sorten von Buchpapier, das Löschpapier und das Zigarettenpapier herzustellen. Man hat ferner Patente darauf genommen, altes, vom Teer gereinigtes Tauwerk zu benutzen, ferner Bambus, Maulbeerbäume, Stedginster und Zuderrohr. Frankreich denkt daran, sich die gewaltigen Spartagräfelder seiner afrikanischen Kolonien nutzbar zu machen, und man hat auch vorgeschlagen, wieder Papyrus zu verwenden, der im Kongolande und im Sudan in Massen gedeiht.

Im Interesse des Kapitalismus um Krüppel geworden ist in Berlin ein 15jähriger Laufbursche. Die Buchdruckerei Masur u. Co. („haber Achner“) verlangte von ihrem 15jährigen Buchdruckerlehrling des öfteren, daß er an der Schneidemaschine arbeiten solle. Der Inhaber der Firma ist erst in den letzten Tagen deswegen seitens unseres Arbeitsnachweisleiters gewarnt worden, wobei vor allem auf die Gefährlichkeit der Maschine hingewiesen wurde. Auch der im Betrieb tätige Buchbinder weigerte sich, an der Maschine zu arbeiten, wenn der Lehrling weiterhin an ihr beschäftigt werde. Die Firma versprach auch Abhilfe. Doch am 4. April war der Lehrling wieder an der Maschine beschäftigt und dabei wurden einem daneben stehenden Laufburschen, der sich an der Maschine zu schaffen machte, vier Finger der linken Hand abgeschnitten. Würde die Firma von der Beschäftigung eines solchen jungen Menschen abgesehen haben, wie es eigentlich selbstverständlich ist, dann würde heute wohl ein Krüppel weniger auf der Welt herumlaufen; aber möglicherweise würde die Firma Masur u. Co. einige Heller weniger Geschäftsertrag aufweisen. Um letzteres zu vermeiden, opfert man lieber die gesunden Glieder eines jungen Menschen, die kosten ja gar nichts.

Ist die deutsche Polizei bestechlich? Diese heikle Frage wird von einem, der anscheinend die Verhältnisse gut kennt, in einem Fachblatt der Papierindustrie ziemlich unerblickt mit Ja beantwortet; wenigstens, soweit Großstädte in Frage kommen. Dies Geständnis einer gepeinigten Seele wird gelegentlich eines Streites über die Befugnisse der Gewerbebehörde gemacht, die diesem guten Manne zu viele Rechte hat und der er u. a. die Befugnis befreit, Revisionen ohne vorherige Anmeldung in seinem Betriebe vorzunehmen oder ohne seine gültige Erlaubnis mit dem Personal sich dienstlich zu unterhalten. Dieser Kampf mit solchen schmerzigen Ansichten befürchtet weiter „Verrott von Geschäftsgelümmeln“ von seiten des kontrollierenden Polizeibeamten und fährt dann fort:

„In Großstädten dürfte es z. B. nicht schwer halten, einen Mann mit Polizeiuniform zu gewinnen, der sich bei einer Konkurrenzfirma Material zu eigenem Vorteil sammelt.“ Ein allerliebtestes Geständnis, das wieder mal ein recht eigenartiges Licht auf das intime Verhältnis zwischen Unternehmer und Polizei zu werfen geeignet ist und allerlei Schlüsse zuläßt. — Vielleicht könnte dieser Kenner unserer Polizeiverhältnisse auch Aufschluß darüber geben, ob die große Liebe gewisser Polizeiorgane gegenüber manchen Unternehmern bei Streiks auch auf den gleichen Umstand zurückzuführen ist! U. U. v. g.!

— Anspruch auf Rückerstattung der Invalidenversicherungsbeiträge. Außer den Arbeiterinnen, die bei ihrer Verbeiratung sich ihre Invalidenversicherungsbeiträge zurückerstatten lassen können (wozu ihnen jedoch nicht geraten werden kann), haben im allgemeinen nur die Ehefrauen ein Rückersatzungsrecht auf die Beiträge ihres Ehe-

mannes bei dessen Tode; jedoch nur dann, wenn derselbe keine Invalidenrente bezogen hat. Die Heilbehandlung in einem Sanatorium usw. wird jedoch nicht als Unterstützung in diesem Sinne betrachtet. Ein gleiches Anrecht haben die Kinder unter 15 Jahren. Stirbt die Ehefrau und hinterläßt verlassene Kinder unter 15 Jahren, so haben diese ebenfalls einen Rückerstattungsanspruch auf die geleisteten Beiträge der Mutter. Als Vaterlos im Sinne des Gesetzes gelten auch die Kinder, wenn der Vater sich der Unterhaltungspflicht entzogen hat.

Der Ehemann hat im allgemeinen keinen Anspruch auf Rückzahlung der Beiträge seiner Ehefrau oder Kinder im Falle deren Tode. Ganz ausnahmsweise nur dann, wenn seine Ehefrau seine Ernährerin gewesen ist.

In allen Fällen muß dieser Anspruch auf Rückzahlung der Beiträge jedoch innerhalb eines Jahres nach dem Tode geltend gemacht werden. Dieses Recht ist aber auch in diesen Fällen (wie bei allen gesetzlichen Ansprüchen an die Landesversicherungsanstalt) nur dann gegeben, wenn mindestens 200 Beitragsmarken, davon wiederum 100 auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung, geleistet worden sind.

Ein interessantes vergilbtes Schriftstück förderte dieser Tage einer unserer Kollegen in Leipzig ans Tageslicht, als er ein Goldkissen mit einem neuen Ueberzug versehen wollte. Das Schriftstück lautet:

Als dieses Goldkissen überzogen wurde, arbeitete hier in dem Geschäft Alexander Kruse aus Berlin als Stüchmeister. Carl Hilpert aus Mühlhausen, wird auch bald Meister werden. Herrmann Plehner, aus Dorf Fleming, welcher noch ein junger Mensch war, und eine schlechte vorwichtige Schnauze hatte, welcher, wenn dieses Goldkissen wieder geöffnet wird, wohl manchmal Reile erhalten hat. Aber wir beiden erstern alte bemoste Häupter wohl Frau und Kind haben werden. Dieses bescheinigt mit eigener Handschrift der Buchbindergehülfe und der Zeit Cassenaffiliend. Leipzig, d. 8. November 1844. C. Hilpert.

Neulich 66 Jahre hat das Schriftstück in dem Goldkissen geruht, ehe es zum Vorschein kam. Wir nehmen an, daß die ausgesprochenen Erwartungen in vollem Umfange eingetroffen sind, daß dem vorwichtigen Bengel die zugeachtete Reile geworden ist und die alten bemosten Häupter Frau und Kinder gehabt haben. Von allen dreien aber dürfte keiner mehr am Leben sein, um die Aufzählung ihres zweifellos in frühlicher Stimmung „eingemauerten“ Dokumentes guter Kameradschaft zu feiern. Leider wurde uns nicht mitgeteilt, in welchem Betrieb der Fund gemacht wurde.

Krankentassenkongreß. Entsprechend den Beschlüssen der Reichskommission der Krankentassen vom 25. März 1911 und der Reichskonferenz der Krankentassenvereinigungen im Deutschen Reiche vom 26. März 1911 wird jetzt der 6. Allgemeine Krankentassenkongreß zum Sonntag, den 30. April 1911, vormittags 10 Uhr, nach Berlin, „Neue Welt“, Gasenheide 108—114, einberufen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Reichsversicherungsordnung (Krankentassenversicherung) nach der dritten Lesung. 2. Die Familienversicherung in den Krankentassen als Mittel zur Bekämpfung der Volkskrankheiten. 3. Praktische Verwaltungsfragen auf dem Gebiet der Krankentassenversicherung.

Die Einberufung geschähe durch die Zentrale für das Deutsche Krankentassenwesen.

Der Metallarbeiterverband hat im Jahre 1910 beispiellose Fortschritte gemacht. Die Zunahme an Mitgliedern übertraf die aller früheren Jahre; sie betrug 90 667. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 349 941 auf 426 989, die der jugendlichen von 7860 auf 13 355, die der weiblichen von 15 548 auf 23 672. Die Gesamtmitgliedszahl am Jahreschlusse betrug 464 016. Die Jahresabrechnung bilanziert mit der Summe von 13 039 463,05 Mk. Die reinen Einnahmen waren: Beiträtsgehelder 86 784,20 Mark, Beiträge 11 880 886,80 Mk., sonstige Einnahmen 198 404,86 Mk., zusammen 12 166 075,86 Mk. Für Unterstützungen wurden aus der Hauptkasse gezahlt: Meisegelb 291 264,60 Mk., Umzugsunterstützung 98 787,93 Mk., Krankenunterstützung 2 745 838,73 Mk., Arbeitslofenunterstützung 1 536 318,11 Mk., Unterstützung bei Maßregelungen 149 500,40 Mk., Unterstützung in besonderen Notfällen 58 637,55 Mk., Stetbegeh 88 247 Mk., Reichsschutz 43 471,36 Mk., Streikunterstützung 2 803 476,40 Mk., zusammen 7 815 593,17 Mk. Der Verband hatte im Berichtsjahre 1370 Lohnbewegungen zu führen, unter denen sich opferreiche Kämpfe befanden. Es sei nur erinnert an die Werftarbeiterbewegung, die 1 1/2 Millionen Mark kostete, an die Kämpfe in Hagen, Schwelm, Renscheid und Pforzheim, die ebenfalls bedeutende Summen erforderten. Das Vermögen des Verbandes hat trotz der großen Ausgaben zugenommen.

Es stieg in der Hauptkasse um 848 555,66 Mk., in den Lokalkassen um etwa 500 000 Mk., so daß das Gesamtvermögen am Jahreschlusse 7 1/2 Millionen Mark betrug. Die „Metallarbeiterzeitung“ kommt bei der Besprechung der Abrechnung zu dem Schlusse, daß der Hauptkassa mehr finanzielle Mittel als bisher zugeführt werden müssen. Das müsse geschehen, um die günstige Konjunktur auszunutzen zu können, aber auch, um für die Zukunft zu sorgen, denn bei der folgenden Krise würden die Aufwendungen für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung steigen. Auch wird auf den jetzigen Kampf in Chemnitz hingewiesen, der nicht der letzte derartige Kampf sein werde, den der Verband zu kämpfen habe. Dieser Hinweis auf den Kampf in Chemnitz ist unseres Erachtens auch zu beherzigen von allen den Metallarbeitern, die sich bis jetzt dem Metallarbeiterverbande noch nicht angeschlossen haben. In Chemnitz werden auch die unorganisierten Arbeiter rücksichtslos auf die Strafe gesetzt. Das ist bei den großen Arbeitskämpfen der letzten Zeit fast überall der Fall gewesen. Die Arbeiter, die keiner Organisation angehören, stehen in solchen Fällen schußlos da. Nur die Gewerkschaft steht ihnen in der Gefahr bei.

Klassenjustiz. Das Kölner Schwurgericht hat am 18. März im Deutzer Landfriedensbruch ein ungeheuerliches Urteil gefällt. Es hat sämtliche Schuldfragen nach Landfriedensbruch und die Annahme mildernder Umstände bejaht. Das Gericht hat darauf auf insgesamt 23 Jahre und 2 Monate Gefängnis gegen die 15 Angeklagten erkannt. Im einzelnen betragen die Strafen gegen den Gewerkschaftsbeamten Fröhlich 2 Jahre 7 Monate, gegen Schulz 1 Jahr 9 Monate, Peltzer 1 Jahr 9 Monate, Hellepich 1 Jahr 6 Monate, Priester 6 Monate, Kubisa 1 Jahr, Krüpper 1 Jahr 3 Monate, Emil Müller 9 Monate, Versheim 7 Monate, Wechsler 1 Jahr 6 Monate, Ziemendorf 1 Jahr 3 Monate, Dörks 9 Monate, Strunden 1 Jahr 6 Monate, Jacob Müller 1 Jahr 6 Monate und Dipper 5 Jahre Gefängnis.

Empörend ist die Verurteilung insbesondere des Gewerkschaftsbeamten, Genossen Fröhlich, dessen völlige Schuldlosigkeit in der einwöchigen Verhandlung erwiesen ist. Eine große Reihe von Zeugen haben bekundet, daß Fröhlich stets, insbesondere aber auch in diesem Fall, außerordentlich besonnen vorgegangen sei. Vor dem Streit hat er darauf hingewiesen, daß es keine Kleinigkeit sei, zu streifen, denn es seien viele Unorganisierte da. Als der Streit dennoch einstimmig beschlossen wurde, hat er gewarnt, Alkohol zu trinken und dringend gebeten, nicht zuviel an der Baustelle zu stehen und der Polizei aus dem Wege zu gehen. Selbst der Leiter der christlichen Gewerkschaft, Becker, konnte dem Genossen Fröhlich nur das beste Zeugnis ausstellen und erklären, daß auch nach seiner Ueberszeugung der Unternehmer Tarifbruch begangen hatte. Ein Arbeitswilliger, Vertram, bekundete, es sei nicht wahr, daß Fröhlich ihn irgendwie mit Gewalttätigkeiten bedroht habe. Im Gegenteil: in anständiger Weise habe Fröhlich vor dem Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeitern ihn gefragt, warum er Streikbrecher spiele. Fröhlich sei stets, auch nach dem Zusammenstoß, zu ihm anständig gewesen und habe ihn gebeten, nicht in die Wirkhaft zu gehen, in der die Streikenden saßen. Hätte jeder so anständig geeredet wie Fröhlich, dann hätten sie auch die Arbeit niedergelegt. So das Zeugnis eines als Hauptbelastungszeugen der Anklage vorgeführten Mannes. An dem Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeitern hat Fröhlich sich nicht beteiligt. Dennoch verlangte der Staatsanwalt ein Schuldig wegen Bedrohung und wegen Anstiftung zum Landfriedensbruch. Und worauf baut sich dieses Verlangen auf? Auf das Zeugnis eines achtmal wegen Betruges vorbestraften Arbeitswilligen namens Hauptmann! Nur dieser bekundete, Fröhlich habe gedroht, den Arbeitswilligen würden die Knochen zerhackt werden, wenn sie weiter arbeiten. Ein Antrag der Verteidigung, einen Schuttmann darüber zu vernehmen, daß Hauptmann auch ihn wissenschaftlich falsch angekschuldigt habe, wurde vom Gericht für „unerheblich“ abgelehnt. Die Aussage eines solchen Zeugen reichte aus, um gegen einen ehrenhaften Mann ein Schuldig auszusprechen, das im trafensten Gegensatz zu den Befundungen aller anderen Zeugen stand!

Ein Naturteill Seit der Verurteilung der Költauer Arbeiter ist etwas Ähnliches in Deutschland nicht mehr vorgekommen. Wenn man Gegenstände zu dem Urteil des Kölner Schwurgerichts in neuerer Zeit sucht, muß man schon die Affäre des französischen Gewerkschaftssekretärs Durand heranziehen, der von den Bourgeoisgeschworenen von Rouen zum Tode verurteilt wurde, weil er nach Aussage einiger notorischer Lumpen zu einer Gewalttat aufgefordert haben sollte.

Die Parallele mit Durand trifft gerade bei dem Kölner Gewerkschaftsleiter Fröhlich fast haarfahrig zu: auch ihm wurde nicht Beteiligung an einer Gewalttat, sondern Aufreizung dazu in einer vorhergegangenen Versammlung nachgesagt und dafür ist er in der Hauptsache verurteilt worden — zu zwei Jahren sieben Monaten Gefängnis.

In Frankreich hat die ungeheuerliche Verurteilung Durands das ganze Volk bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein aufgewühlt; bürgerliche Parlamentarier stellten auf Grund eigener Untersuchungen fest, daß Durand schuldlos sei und daß die Geschworenen von Rouen durch Klassenhaß zu ihrem fürchterlichen Urteil getrieben worden seien; der Präsident der französischen Republik wurde durch die öffentliche Meinung gezwungen, Durand zu begnadigen, und die Justiz wurde genötigt, dem Wiederaufnahmeverfahren zur Rehabilitierung Durands stattzugeben.

Das geschah in Frankreich. Was wird in Deutschland geschehen, wo ganz offenbar für jeden Unbefangenen ein Fehlpruch der Geschworenen zum Nachteil Fröhlichs vorliegt? Man sollte meinen, auch bei uns müßte sich das öffentliche Gewissen regen, müßte stürmisch die Wiederaufnahme des Prozesses verlangt werden. Aber — die bürgerliche Presse nimmt nur ganz beiläufig Notiz von dem Kölner Urteil und denkt gar nicht an eine Kritik; und manch einem erscheint es ganz gut, daß nach dem Roabiter Prozeß, die so viel Unangenehmes über unsere Staatsordnung zutage brachten, nun doch einmal wieder „ein Exempel statuiert“ wurde an „unbotmäßigen“ Arbeitern und vor allem an einem „Geher“, eben dem Gewerkschaftsleiter Fröhlich. Der Klassengegensatz, der sich durch unser ganzes öffentliches Leben zieht, läßt eine ruhige Betrachtung von Dingen und Vorfällen, in die die Arbeiterbewegung hineinspielt, bei den Bourgeois nicht mehr zu; man gibt sich gar nicht die Mühe, objektiv zu prüfen. Und sollte gar die Bourgeoisie zugestehen, daß ihre Klassengenossen, die Kölner Geschworenen, einen Fehlpruch getan? Gewiß nicht! Weshalb wird denn fast überall so streng darauf geachtet, daß nur Angehörige der sogenannten besseren Kreise als Geschworene fungieren? Doch nur, weil man instinktiv die Gerichte als ein Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterklasse, die Rechtsprechung als eine Waffe zur Bekämpfung des Feindes betrachtet! In Köln sprachen ein Kommerzienrat, verschiedene Fabrikanten und sonstige Unternehmer den Gewerkschaftssekretär schuldig. . .

H. Tarifverträge sind eines freien Handwerkers unwürdig. Mit diesem ungenierten Satz hat die freie Innung der Metzger zu Frankfurt a. M. ihren Widerwillen und ihren Haß gegen jedes Streben der Arbeiter nach tariflicher Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse ausgedrückt. Sie hat im Dezember v. J. einstimmig beschlossen: „Die Innungsverammlung steht auf dem Standpunkt, daß der Abschluß von Tarifverträgen eines freien Handwerkers unwürdig ist. Mitglieder, die solche abschließen, werden wegen Verletzung der Statuten in eine Ordnungsstrafe genommen und nach fruchtloser Ermahnung aus der Innung und deren Nebeneinrichtungen ausgeschlossen.“ Und dieser Beschluß, in dessen Inhalt Rückständigkeit und Haß gegen die Arbeiterbewegung miteinander wetteifern, hat die Billigung des Frankfurter Magistrats, der in dem unbegründeten Rufe steht, sehr fortgeschritten zu sein, gefunden. Der Vorstand der Metzgerinnung hatte nämlich auf Grund des oben wiedergegebenen Beschlusses der Innungsverammlung gegen ein Mitglied, das den Tarifvertrag des Zentralverbandes der Fleischer anerkannt hat, eine Ordnungsstrafe festgesetzt und von ihm den Bruch des Tarifvertrages verlangt. Bei Weigerung war dem Mitgliede neue Strafe angedroht. Auf Beschwerde des Bestrahten der Frankfurter Magistrat zwar die Strafe aufgehoben, weil der Tarifvertrag schon vor dem Beschluß der Innungsverammlung zustande gekommen war, aber er hat das Verlangen des Innungsvorstandes, vom Tarifvertrage zurückzutreten, gebilligt. In der sehr umfangreichen Entscheidung des Magistrats von 11. Februar d. J. wird besonders ausgeführt, daß die Innungen zweifellos befugt sind, ihren Mitgliedern Beschränkungen in der Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuerlegen. In seiner allgemeinen Fassung, „daß der Abschluß von Tarifverträgen eines freien Handwerkers unwürdig sei“, will der Magistrat dem Innungsbeschlusse zwar nicht zustimmen, aber er bringt es fertig, dem Beschluß entgegen dem klaren Wortlaut den Sinn zu geben, daß nur der Tarifvertrag des Zentralverbandes der Fleischer als eines freien Handwerkers unwürdig erklärt worden sei. Das ist natürlich eine so gezwungene Auslegung, daß über ihre Unhaltbarkeit kein Wort gesagt zu werden braucht. Festgehalten aber werden muß die Tatsache, daß der

Frankfurter Magistrat den Ausführungen des Innungsvorstandes, daß bei den eigenartigen Verhältnissen des Metzgergewerbes, wo noch größtenteils ein patriarchalisches Verhältnis zwischen dem Meister und dem an seinem Tisch essenden Gesellen bestehe und die Arbeitszeit stark von den wechselnden Anforderungen und Bedürfnissen des Publikums abhängig sei, eine schematische Regelung des Arbeitsverhältnisses, insbesondere der Arbeitszeit durch Tarifvertrag für die Meister unerträglich wäre, zustimmt. Das heißt natürlich nichts anderes, als die rückständigsten Arbeitsverhältnisse gutzuheißen. Die Regelung der Arbeitszeit, ihre Begrenzung und ihre Festlegung mit Freilassung zusammenhängender Zeitabschnitte ist der wichtigste Schritt zur Vorwärtsentwicklung des Arbeitsverhältnisses. Darauf kann kein Tarifvertrag verzichten. Wer erklärt, daß die Regelung der Arbeitszeit durch Tarifvertrag unmöglich und unerträglich ist, verwirft damit jeden Tarifvertrag. Das tut die Metzgerinnung und der Frankfurter Magistrat stimmt ihr zu!

Selbstverständlich ist die Entscheidung des Metzgerpräsidenten angezweifelt worden. Wie dessen Urteil aber auch ausfallen mag, die Arbeiter des Metzgergewerbes werden allen Bemühungen von Innungen und städtischen Behörden zum Trotz nicht nachlassen, die zum Teil ungeheuerlichen Mißstände ihres Arbeitsverhältnisses durch gewerkschaftliche Arbeit und Tarifverträge zu beseitigen.

ssc. Das Jubiläum der Krise. Es ist einmal Mode geworden, alle passenden und unpassenden Gelegenheiten zu Jubiläen auszunutzen, und daher möge hier auch eines Ereignisses gedacht werden, das zwar keine angenehmen Erinnerungen weckt, jedoch für die kapitalistische Ordnung der Dinge von ganz beträchtlicher Bedeutung ist. Gegenwärtig sind nämlich an die 100 Jahre verflossen, daß die Kulturwelt mit dem furchtbaren Gespenst der wirtschaftlichen Krise bekannt wurde. Napoleon hatte durch die Kontinentalperre das Festland der englischen Ware verschlossen und dadurch die junge Industrie Frankreichs, Belgiens und der Rheinlande zu heben versucht. Aber das Experiment gelang nur sehr unvollkommen. Nicht allein, daß das industriell noch sehr rückständige Preußen unter der Sperre furchtbar litt, nicht nur, daß für die kontinentalen Holzprodukte England als Abnehmer verloren ging — auch die mit großer Mühe aufgeschüttelte Industrie des Westens ließ bald ihre innere Schwäche zutage treten. Im Jahre 1811 war ihr, trotzdem die Zeiten relativ friedlich waren, der Atem ausgegangen, und um den völligen Zusammenbruch zu verhindern, mußte der Kaiser mit Staatsvorschußen an die größeren Unternehmer einspringen. Nicht weniger als 18 Millionen Franken, eine für die damalige Zeit sehr beträchtliche Summe, gab das Empire damals für die Großindustriellen her.

Diese kontinentale Krise bildete dann gewissermaßen die Einleitung zu der großen wirtschaftlichen Katastrophe, von der das triumphierende England nach dem Sturze Napoleons heimgekehrt wurde. Der Sieg über den Usurpator war mit englischen Geldmitteln ermöglicht worden; hatte doch die englische Anleihe Schuld von 1793 bis 1815 den ungeheuren Betrag von 427 Millionen Pfund Sterling oder 8 1/2 Milliarden Mark erreicht. Als nun mit gewaltigen Opfern der Friede hergestellt war, rechnete das englische Unternehmertum mit einem großen Aufschwunge des Absatzes auf dem Kontinent und richtete die Produktion dieser Erwartung entsprechend ein.

Aber die Berechnung schlug fehl, denn man hatte außer Betracht gelassen, daß der Krieg die Völker des Festlandes ausgezogen und die Kaufkraft herabgedrückt hatte. So mußten denn viele Fabriken wegen Mangel an Bestellungen schließen und ihre Arbeiter entlassen, denn an Staatshilfe, wie viele Jahre vorher in Frankreich, war nicht zu denken. Das Elend wurde noch verschärft dadurch, daß die infolge des Friedensschlusses entlassenen Soldaten auf den Arbeitsmarkt drückten und die mit barbarischen Strafen erzogene Organisationslosigkeit der Arbeiter nicht nur jede Selbsthilfe, sondern auch jede Aufführung unter dem Proletariat unmöglich machte. So kam es denn, daß die Arbeitslosen die Maschinen als die Ursache ihres Elends betrachteten und diese vielfach zerstörten.

An die zwanzig großen Krisen geben dann noch bis zur Gegenwart Kunde von der Widerständigkeit der kapitalistischen Produktionsweise; mit Millionen von Opfern ist der Leidensweg bedeckt, den das Proletariat in den jetzt verflorenen Hundert Jahren zu wandeln hatte. Um so heller leuchtet ihm die Hoffnung auf eine sozialistisch geordnete Produktionsweise, die mit anderen Wider Sinnigkeiten und Scheußlichkeiten des Kapitalismus auch das Gespenst der Krise für immer bannen wird.

Adressenänderungen.

Frankfurt a. D.: D. Schörgott, Gr. Fruchtstraße Nr. 10b.
Görlitz. P. Herbst, Poststr. 13 III.
Schwerin i. Meckl. A. Haß, Karlstr. 7 II.
Zwickau i. S. E. Schütte, ab 9. April: Wejenstraße 27 I.

Literarisches.

„Der Arbeitsmarkt“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise (Herausgegeben von dessen Geschäftsführer, Verlag von Georg Reimer, Berlin).

Der Agitation sollen zwei Broschüren dienen, die neben vom Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, herausgegeben sind: „Beamtenchaft und Sozialdemokratie“ (Ein Mahnwort an alle Beamten), sowie „Die indirekten Steuern und Rölle“ (Wer sie zahlt und wem sie nützen). Preis 10 Pf. pro Heft.

Geschichte der Revolutionen. Von Dr. A. Conrad. Die Hefte 18 und 19 sind zur Ausgabe gelangt. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Deutscher Heimarbeitertag. Berlin, 12. Januar 1911. Protokoll der Verhandlungen nach stenographischer Aufnahme herausgegeben vom Bureau des Tages. Verlag der Vaterländischen Verlagsanstalt, Berlin SW., Johanniterstr. 6. Preis 50 Pf.

So stark auch in den letzten Jahren die Literatur über das Heimarbeitersproblem angewachsen ist, so bietet die vorliegende keine Broschüre dennoch eine eigenartige und wertvolle Bereicherung. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß die eigenartige Rundgebung des Heimarbeitertages durch die Veröffentlichung des Protokolls dauernd erhalten und weiteren Kreisen zugänglich gemacht wird.

Der vorliegende handliche und dabei doch sehr inhaltreiche Band bringt die Eröffnungsrede des Vorsitzenden des Kongresses, Prof. Dr. Ernst Franke, Herausgebers der „Sozialen Praxis“, mit einem allgemeinen Ueberblick über den Stand der gesetzlichen Arbeiten zu dieser Frage in Deutschland (Reichsversicherungsord-

nung, Arbeitskammergesetz, Hausarbeitgesetz), Töbann das wissenschaftlich hochstehende Referat von Prof. Dr. Bilbrandt (Zübingen), der an der Hand ausländischer Beispiele und gestützt auf eigene Forschungen in Deutschland die Regelung der Lohnfrage in den Vordergrund rückt. Eine bedeutungsvolle Rundgebung eines leitenden englischen Beamten über die Lohnämter in England konnte verlesen werden; schließlich bietet die Diskussion, an der sich männliche und weibliche Heimarbeiter aus allen Teilen Deutschlands und aus allen Berufen beteiligten, eine Fülle von Material über die Zustände in der Heimarbeit. Ueber die Lohnverhältnisse, die gesundheitlichen Gefahren, allerlei Mißstände beim Bleiern und Abholen der Waren u. a. m. finden sich genaue auf Tatsachen beruhende Angaben.

Für jeden, der sich überhaupt mit dem Heimarbeitersproblem beschäftigen muß, dürfte das vorliegende Protokoll unentbehrlich sein, da hier Theorie und Praxis in bester Weise vereint zu Worte kommen.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Preis pro Heft 10 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Hefte 10 und 11 sind erschienen.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hülfsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Regensburg.

Donnerstag, den 28. März, verschied nach längerem Leiden unser liebes langjähriges Mitglied, Herr Josef Fandler. Sein Andenken sei allzeit in Ehren! Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Hannover.

Unser Kassenlokal befindet sich vom 1. 4. 1911 ab im Gewerkschaftshaus, Nicolaisstr. 7 1. Stage, Zimmer Nr. 11 und ist jeden Freitag, abends von 8 bis 1/2 10 Uhr geöffnet. Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Nürnberg.

Montag, den 10. April, abends 8 Uhr, findet im Kassenlokal (Historischer Hof, Neue Gasse)

Hauptversammlung

- Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung in Leipzig. 4. Verschiedenes.

Im Interesse aller Mitglieder erwartet eine zahlreich besuchte Versammlung Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Unsern lieben Kollegen Franz Keil zu seiner Vermählung mit Fräulein Martha Kaufmannbach die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Plauen.

Zahlstelle Luckenwalde.

Am Mittwoch, den 29. März, verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kellerpreller Otto Niendorf. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Ortsverwaltung.

Ihren lieben Kollegen Walter Petzold nebst Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Zahlstelle Zwickau.

Unsern Kollegen Richard Salang und seiner Braut Frä. Ida Jung die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Ruhla i. Th.

Unsern lieben Kollegen Paul Bilz zu seinem 30 jährigen Arbeitsjubiläum bei der Fa. Rob. Wandler, Chemnitz, die besten Glückwünsche. Die organisierten Kollegen R. W., D. R., P. R.

Unsern lieben Kollegen Dietrich Sagedorn zu seinem 24 jährig. Wiegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch. Die org. Kollegen u. Kolleginnen Herfords.

Zahlstelle Eisenberg.

Die General-Versammlung findet erst Mittwoch, den 19. April statt. Die Ortsverwaltung.

Lebensstellung

mit Beteiligung an schon bestehender Buchbinderei mit ca. 18000 Mt. Umsatz, welcher durch Vergrößerung bedeutend erhöht werden kann, gelernte

Buchbinder

gesucht, mit Kapital bedorugt. Gefällige Offerten erb. unt. S. G. 704, Rudolf Mosse, Berlin, Schulzenborferstr. 27.

Neubrandenburg i. M.

Schöner Laden, 64 Quadratmeter groß, Gas und elektr. Lichtanlage, Zentralheizung, 11. Hinterzimmer u. gr. Keller, 2 schöne Schaufenster und 2 Eingänge, a. Eisenbahnstraße gelegen, passend für bessere Lustgüter- u. Papiergeschäft, verbunden mit Buchbinderei, für welches Bedürfnis vorhanden ist, Mietpreis 1000 Mt. inkl. Heizung, ist sofort oder auch später zu vermieten. C. Janderling, Hofkonditor.

Günstigste Gelegenheit

zur Errichtung einer Buchbinderei, resp. Papierhandlung in Neubau — gegenüber Oberrealschule, nächste Nähe Lehrerseminar und Gericht, mittl. Stadt. Off. unt. X. D. J. an die Exped. dies. Btg.

Bunte Glacélederabfälle.

Wer ist Abnehmer für großen Posten? Anfragen unter N. R. 6417 an Rudolf Mosse, Halle a. S. erb.

1a Zephir-Dauerwäsche

(kalt abwaschb. Mansch. u. Kragen zc.) Wiedervert., Händler, berl. Sie meine Engrospreisliste. Konkurrenzlose Preise. W. Goltschmit, Eberfeld.

Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Geätz-Anstalt M. Broh

Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29, Fernsprecher: Amt IV, 6958, kauft Kehrgold, Staubgold, Goldschmiere, Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände. Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahl-einrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungsschreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.



Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder

O. Th. Winckler, Leipzig

Interate finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.